



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Ulrich Blum

Editorial

Udo Ludwig, Franziska Exß

Aktuelle Trends:

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wirtschaftliche Dynamik verliert im Sommer
an Schwung

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur aktuell:

Aufschwung in Deutschland ungebrochen

Alexander Kubis, Lutz Schneider

„Sag mir, wo die Mädchen sind ...“

Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens
junger Frauen

Dominik Weiß

Gefährdet der Stadtumbau Ost
Altbaubestände und historische Innenstädte?
Empirische Befunde für Sachsen

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel

Bankenregulierung:

Mindesteigenkapitalvorschriften von Basel II
verstärken Übertragung von Währungs-
auf Bankenrisiken

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im Juli 2007

Wirtschaft im Wandel

8/2007

23.08.2007, 13. Jahrgang



Editorial

Privatisierung und Marktöffnung galten gemeinhin als Erfolgsmodell für Wettbewerb, verbesserte Qualität und sinkende Preise bisher staatlicher Angebote. Der schlanke Staat wollte dem Bürger neue Freiräume zugestehen. Motivierte, nicht mehr gegängelte Mitarbeiter sollten Produktivitätsschübe auslösen und damit Subventionen überflüssig machen. Schon die Privatisierungsdesaster der englischen Eisenbahnen und der kalifornischen Elektrizitätswirtschaft ließen aufhören. Offensichtlich läßt sich der extrem intensive Wettbewerb, der beispielsweise bei der Heimelektronik ein permanentes Überangebot hochwertiger und preisgünstiger Waren erzeugt, nicht problemlos auf andere Sektoren übertragen.

Nicht nur die Transformation der ehemals sozialistischen Staaten zeigt, daß Umbauprozesse schwer zu planen sind. Versuch und Irrtum sind kaum zu vermeiden. Ursächlich dafür sind aus theoretischer Sicht die konstitutionelle Unwissenheit zentraler Planung und aus wirtschaftspolitischer Sicht der häufig nicht klare Ordnungsrahmen, der Investoren so die Planungssicherheit nimmt. Diese aber ist für Markteintritte, die den Wettbewerb intensivieren sollen, essentiell.

Mit der Deutschen Bahn AG wird ein weiterer Staatskonzern privatisiert. Das Vermögensinteresse des Staats bzw. des Bürgers, dem letztlich das Unternehmen gehört, ist, wie in früheren Fällen, ebenso zu bedenken wie räumliche und sektorale Struktureffekte. Das Ausgestalten der Rückholoption für das Netz nach fünfzehn Jahren droht den Staat – letzten Endes alle Bürger – durch den hohen Preis massiv zu benachteiligen. Die Kontrolle des Netzes durch die Deutsche Bahn AG erleichtert das Diskriminieren dritter Anbieter. Aber gerade der Markteintritt neuer Bahnunternehmen führte zum Druck, das „rollende Material“ beschleunigt zu modernisieren und damit den Trend zur Marginalisierung der Bahn zu stoppen.

Vor dem Hintergrund der Veränderung der Altersstruktur sowie der Umwelt und Energiekosten und angesichts möglicher infrastruktureller Irreversibilitäten müssen insbesondere die siedlungsstrukturellen Fragen politisch breit diskutiert werden. Ein Neuverteilen von Chancen im Raum durch die Netzeinbindung kann nicht allein in das Kalkül der Deutschen Bahn AG als Institution, die über die Trassenpreise erhebliches Steuerungspotential besitzt, gestellt werden. Denn das Netz als „essential facility“ ermöglicht eine monopolistische Stellung. Der Aufbau privater Marktmacht auf der Basis überlassenen öffentlichen Eigentums ist ordnungsökonomisch bedenklich und – wie das Beispiel der Elektrizitätswirtschaft zeigt – der Glaubhaftigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung abträglich.

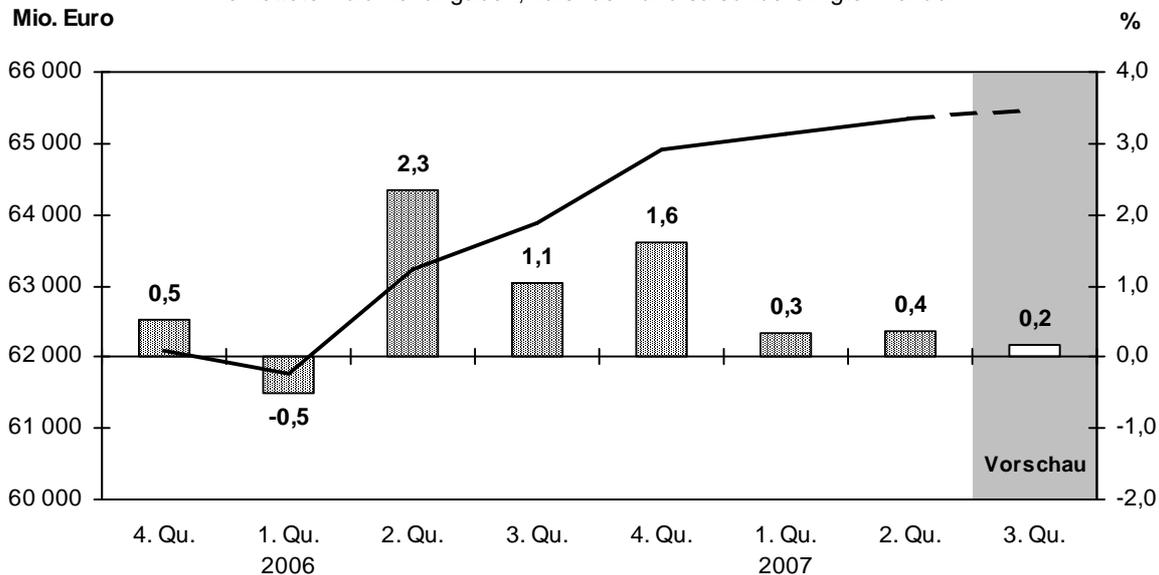
*Ulrich Blum
Präsident des IWH*

Aktuelle Trends

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland* Wirtschaftliche Dynamik verliert im Sommer an Schwung

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

– Verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 3. März 2007.

In den Monaten April bis Juni hat sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Ostdeutschland leicht beschleunigt. Zwar ist es nach der witterungsbedingt frühzeitigen Abarbeitung eines Großteils des Überhangs an Bauaufträgen aus dem vergangenen Jahr zu dem erwarteten Rückschlag im Baugewerbe gekommen, die Expansion der industriellen Produktion hat sich jedoch fortgesetzt. Die Hersteller von Investitionsgütern und von Konsumgütern setzten erneut mehr Güter im Inland und im Ausland ab als in den drei Monaten zuvor. Dagegen schwächelte der Absatz der in Ostdeutschland produzierten Vorleistungsgüter sowohl in Deutschland als auch außerhalb. Insgesamt legte die Industrieproduktion damit nicht mehr so kräftig zu wie zu Jahresbeginn. In den Alten Bundesländern stagnierte sie dagegen sogar. Der Handel hat seinen Tiefpunkt infolge des Kaufkraftentzugs durch die Anhebung der Mehrwertsteuer inzwischen erreicht. Der Umsatz im Einzelhandel stieg allerdings nur wenig, der im Großhandel setzte seine moderate Expansion fort. Zum Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität trugen auch das Verkehrs- und das Nachrichtengewerbe sowie die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche bei.

Für die Monate Juli bis September signalisieren die Indikatoren eine Abschwächung des Produktionsanstiegs in den ostdeutschen Flächenländern. Die an den regelmäßigen Konjunkturumfragen des IWH teilnehmenden Industrieunternehmen schätzen zwar ihre künftigen Geschäfte weiterhin sehr zuversichtlich ein, die Zuwächse werden jedoch geringer. Auch wurde das hohe Niveau der Bestellungen lediglich gehalten. Aus dem Ausland gingen allerdings viele Aufträge bei den Herstellern von Investitionsgütern und von Gebrauchsgütern ein. Wegen des nachlassenden Stroms an Neuaufträgen dürfte dagegen die Bauproduktion weiter sinken. Dies signalisieren auch die Meldungen der Unternehmen zu ihren Geschäftsaussichten. Das Wachstum der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe wird deshalb an Tempo verlieren. Der Handel wird sich dagegen erholen. Dafür sprechen der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die damit verbesserten Einkommensperspektiven.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Franziska Exß (Franziska.Exss@iwh-halle.de)

* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe *Wirtschaft im Wandel* 16/2003, S. 471 f.

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland ungebrochen*

– Kurzfassung –

Im Sommer 2007 setzt sich der Aufschwung in der Europäischen Union und in Japan fort, während die Schwächephase der Konjunktur in den USA anhält. Die Wachstumsdynamik in Ostasien ist weiterhin sehr hoch. Von Seiten der Finanzmärkte stellt sich das Umfeld für den weltwirtschaftlichen Aufschwung nicht mehr so günstig dar wie zu Jahresbeginn: Die Kapitalmarktzinsen sind in den USA um knapp, im Euroraum um gut einen halben Prozentpunkt gestiegen. Die Verringerung der Renditedifferenz ist wohl der wesentliche Grund für die jüngste Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. In den meisten Währungsräumen scheint die Serie von Zinsanhebungen noch nicht beendet zu sein; für die USA wird nicht mehr mit baldigen Zinssenkungen gerechnet.

Auf den Märkten für Risikokapital steigt die Volatilität. Auch wegen nicht mehr ganz so günstiger Finanzmärkte wird der Aufschwung in Japan und im Euroraum dieses Jahr etwas an Schwung verlieren. Die Wirtschaft in den USA gerät zwar nicht in eine Stagnation, aber die Trendwachstumsrate wird erst im Jahr 2008 wieder erreicht. Zu diesem Zeitpunkt ist auch die Immobilienkrise im wesentlichen durchgestanden.

Risiken drohen vom erneuten Ölpreisanstieg. Bisher ist der Aufschwung mit den Energiepreiserhöhungen erstaunlich gut zurechtgekommen, nicht zuletzt wegen der niedrigen Zinsen. Dabei hat geholfen, daß Erdölexporture und ostasiatische Länder wie China ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse dazu genutzt haben, ihre Anlagen vor allem in US-Staatsschuldtiteln drastisch aufzustocken. Risikokapital könnte sich aus Unternehmenssicht sogar noch weiter verbilligen, wenn russische oder chinesische Staatsfonds, wie angekündigt, tatsächlich vermehrt in Anlagen investieren, die ertragreicher sind als US-Staatsschuldtitel.

In Deutschland hat sich der konjunkturelle Aufschwung im ersten Halbjahr vorübergehend abgeschwächt. Die Sondereffekte vom vergangenen Jahr – vor allem die zusätzlichen Käufe der pri-

vaten Haushalte im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung und die Abschaffung der Eigenheimzulage – sowie deren Nachwirkungen haben, wie prognostiziert, den Produktionszuwachs gedämpft. Insbesondere gilt dies für den Konsum der privaten Haushalte, der infolge der restriktiven Finanzpolitik rückläufig war, aber auch für die Bauinvestitionen, deren Anstieg sich abgeschwächt hat.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2007 und 2008

	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,8	0,6	1,9
Staatskonsum	1,5	2,1	1,1
Anlageinvestitionen	5,6	5,2	2,7
Ausrüstungen	7,3	8,0	4,5
Bauten	4,3	3,0	1,2
Sonstige Anlagen	5,9	6,0	4,0
Inländische Verwendung	1,7	2,2	2,0
Exporte	13,0	8,0	7,8
Importe	11,6	7,9	7,4
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,6	2,5
dar.: Ostdeutschland*	3,0	3,3	2,7
Nachrichtlich: USA	3,3	1,9	2,9
Euroraum	2,7	2,6	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	1,3	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,1	1,9	2,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	2,1	2,6
Lohnstückkosten ^a	-1,8	0,2	0,6
Verbraucherpreisindex	1,7	1,9	1,7
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 090	39 580	39 862
Arbeitslose ^c	4 487	3 780	3 445
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	8,7	8,0
	<i>Saldo in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staats	-1,6	-0,2	0,2

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 11.07.2007).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 26/2007 am 12. Juli 2007 veröffentlicht.

Nach der kurzen Delle im Frühjahr zieht die Konjunktur wieder an. Die Zuversicht der Unternehmen ist ungebrochen, das finanzielle Umfeld für Investitionsentscheidungen trotz gestiegener Kapitalmarktzinsen immer noch recht günstig. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch und regt Erweiterungen des Produktionsapparats an. Lediglich im Wohnungsbau hält die Rückführung des von Sondereffekten getriebenen hohen Niveaus im Winterhalbjahr auf einen langfristig tragfähigen Stand an. Vor allem aber hat der mit dem Beschäftigungsaufbau verbundene Einkommenszuwachs die finanzielle Lage und die Verdienstperspektiven allmählich soweit verbessert, daß die privaten Haushalte ihre Ausgaben für den Konsum deutlich erhöhen werden.

Im kommenden Jahr setzt sich der Aufschwung verlangsamt fort. Gestiegene Zinsen sowie die Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen zeigen Wirkung, ebenso der zu erwartende Anstieg der Arbeitskosten. Allerdings dämpft die Finanzpolitik kaum noch. Die Inlandsnachfrage verliert dank des weiter steigenden Konsums der privaten Haushalte nur wenig an Schwung. Die Dynamik der Unternehmensinvestitionen dürfte dagegen nachlassen. Schließlich bleibt die Außenwirtschaft eine wichtige Kraft für den Produktionsanstieg, wenngleich die Exporte infolge der Kostensteigerung langsamer zunehmen werden.

Der Aufschwung verläuft weitgehend spannungsfrei. Trotz angehobener Mehrwertsteuer nehmen die Verbraucherpreise in diesem Jahr nur um 1,9% zu. Im nächsten Jahr verringert sich die Teuerung minimal. Von den absehbaren Lohnsteigerungen geht keine Gefahr für die Preisstabilität aus.

Das Bruttoinlandsprodukt steigt nach der vorliegenden Prognose in diesem Jahr um 2,6% und

im nächsten um 2,5%. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Durchschnitt des Jahres 2008 unter die 3,5 Millionen-Marke.

Der kräftige Aufschwung führt zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit fällt in diesem Jahr auf 0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Trotz der Mindereinnahmen infolge der Unternehmensteuerreform dürfte im nächsten Jahr ein Überschuß erreicht werden.

Angesichts des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit werden zur Zeit weitere Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung diskutiert. Zwar wirkt sich eine Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen günstig auf Beschäftigung und Produktion aus. Eine Beitragssenkung in Zeiten rückläufiger Arbeitslosigkeit birgt aber die Gefahr, daß die nächste Beitragserhöhung in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit bereits vorprogrammiert ist. Der Beitrag würde seine Rolle als automatischer Stabilisator des Konjunkturzyklus verlieren. Eine weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ist deshalb erst dann zu empfehlen, wenn in der nächsten konjunkturellen Schwächephase erkennbar wird, daß eine Beitragssenkung über den Zyklus hinweg nachhaltig sein kann.

Die EZB wird die Leitzinsen bis zum Jahresende in zwei Schritten um jeweils $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt anheben. Die Geldmarktzinsen werden dann leicht über dem Niveau liegen, welches als neutral anzusehen ist. Darüber hinausgehende Zinssteigerungen sind, auch angesichts der monetären Entwicklungen im Euroraum, nicht angemessen.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 288)

„Sag mir, wo die Mädchen sind ...“ Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen

– Kurzfassung –

Der vorliegende Beitrag untersucht die Muster sowie die Determinanten des Wanderungsverhaltens junger Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Auf NUTS-3-Ebene, d. h. der Ebene der Kreise,

werden die Ströme der gesamtdeutschen Binnenwanderung des Jahres 2005 analysiert. Es zeigt sich, daß die Regionen mit einem ausgesprochen negativen Wanderungssaldo junger Frauen in der

ostdeutschen Peripherie zu finden sind, während die westdeutschen Agglomerationen, aber auch die großen Städte in den Neuen Bundesländern von Zuzügen dieser Gruppe profitieren.

Die Analyse der Bestimmgründe der regionalen Wanderungsströme junger Frauen belegt die Signifikanz der ökonomischen, familien- und bildungsbezogenen Wanderungsmotive. Im allgemeinen wandern junge Frauen in Regionen mit guten Einkommens- und hochwertigen Erwerbsmöglichkeiten, wobei die Vereinbarkeit von Familie, Partnerschaft und Beruf im genuinen Interesse dieser Gruppe zu liegen scheint. Ferner zeigt sich eine ausgeprägte Anziehungskraft von Regionen mit erstrangigen Bildungsangeboten. Dabei generiert diese Bildungswanderung nicht nur einen kurzfristigen, sondern nachhaltig positiven Effekt auf die regionale Wanderungsbilanz. Dies gilt vornehm-

lich für Regionen, in denen nicht nur Studienplätze vorhanden sind, sondern ebenso Arbeitsfelder für hochqualifizierte Hochschulabsolventinnen.

Mit Blick auf mögliche Handlungsoptionen angesichts ausgeprägter regionaler Wanderungsverluste belegt die vorliegende Studie erstens die Bedeutung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, sofern diese der Verbesserung der regionalen Erwerbs- und Einkommenschancen dienen. Zweitens scheint der Ausbau frauenspezifischer Bildungsangebote ein geeignetes Mittel zu sein, um die Anziehungskraft einer Region für junge Frauen nachhaltig zu erhöhen. Drittens deuten die Ergebnisse darauf hin, daß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Stellschraube darstellt, welche die Zuwanderung junger Frauen stimulieren kann.

Alexander Kubis, Lutz Schneider (Seite 298)

Gefährdet der Stadtumbau Ost Altbaubestände und historische Innenstädte? Empirische Befunde für Sachsen

– Kurzfassung –

Mit dem Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ werden ostdeutsche Kommunen dabei unterstützt, die städtebaulichen Strukturen an demographisch und ökonomisch veränderte Bedingungen anzupassen. Als Instrumente stehen Abrißprämien zur Reduzierung des Wohnungsleerstands und Aufwertungsmittel zur Attraktivitätssteigerung der Stadt sowie Stärkung der Wohnfunktion zur Verfügung. Von verschiedenen Interessengruppen wird die gesamtstädtische Zielerreichung im Programm „Stadtumbau Ost“ in Frage gestellt und kritisiert, daß die Aufwertung der Innenstädte mit ihren historisch oft wertvollen Altbaubeständen zugunsten der Plattenbauquartiere vernachlässigt wird. Der Beitrag versucht, mit verschiedenen stadtkonomen Argumenten die Debatte über die Folgewirkungen des Stadtumbaus Ost für Altbaubestände und historische Innenstädte zu versachlichen.

Dazu werden für den Freistaat Sachsen das Rückbaugeschehen und die Verteilung der Aufwertungs- und Rückbaumittel auf Altbauquartiere kleinteilig untersucht. Die erforderlichen Daten wer-

den von der Sächsischen Aufbaubank (SAB) zur Verfügung gestellt.

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zeigen, daß Rückbau im Altbausegment in den meisten Städten gering ausgeprägt ist, so daß der Altbaubestand deutlich weniger reduziert wird als der Bestand an Plattenbauwohnungen. Der Rückbau im Altbausegment hängt aber mit dem Bestand an Altbauwohnungen in der jeweiligen Stadt zusammen. Dies läßt sich als Anpassung des Altbaubestands hin zu einem marktfähigen Verhältnis der Marktsegmente interpretieren.

Die Aufwertungsmittel werden so auf die Stadtumbaugebiete verteilt, daß viele altbaugeprägte Gebiete keine oder nur geringe Aufwertung erhalten. Ein zentrales Ziel im Stadtumbau Ost, die Stärkung innerstädtischer Altbauquartiere, wird damit kaum erreicht. Abschließend werden weiterführende Fragestellungen überblicksartig dargestellt.

Dominik Weiß (Seite 307)

Bankenregulierung: Mindesteigenkapitalvorschriften von Basel II verstärken Übertragung von Währungs- auf Bankenrisiken

– Kurzfassung –

Auf Währungskrisen in Schwellenländern folgen oft Bankenrisiken. Ein wesentlicher Grund sind die durch die Abwertung der Währung ansteigenden Bilanzwerte für Auslandsverbindlichkeiten der Unternehmen. Das vorgehaltene Eigenkapital reicht dann oft nicht aus, um die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Hier setzt der unter dem Stichwort Basel II bekannte Vorschlag zur Bankenregulierung, insbesondere zu Mindesteigenkapitalanforderungen an Banken an. Im Unterschied zur bestehenden Regulierung (Basel I) wird eine differenzierte Risikogewichtung auf Basis von Kredit-Ratings für unterschiedliche Assets vorgeschlagen.

In diesem Beitrag wird am Beispiel der Währungs- und Bankenkrise von Südkorea im Jahr 1997 hypothetisch berechnet, wie sich die neue Regulierung auf das Eigenkapital der Banken ausgewirkt hätte. Diese Ergebnisse werden mit den Anforderungen der aktuellen Regulierung verglichen. Es zeigt sich, daß die Eigenkapitalanforderungen im Vorfeld der Krise unter Basel II ge-

ringer gewesen wären als unter Basel I. Zudem wäre das geforderte Eigenkapital nach dem Eintreten der Krise aufgrund der verschlechterten Ratings stark angestiegen.

Die Transmission der Währungs- zur Bankenkrise wäre im Fall Südkoreas nicht verhindert, sondern beschleunigt worden. Dabei waren im koreanischen Fall die Eigenkapitalanforderungen unter Basel I aufgrund der OECD-Mitgliedschaft noch relativ gering. Im Sinne einer Verallgemeinerung der Ergebnisse kann geschlußfolgert werden, daß in anderen Schwellenländern, die nicht OECD-Mitglied sind (beispielsweise Osteuropa und Lateinamerika), das Verhältnis der Eigenkapitalanforderungen von Basel I und Basel II noch höher wäre. Die Übertragung von Währungs- zu Bankenrisiken wird demzufolge mit dem vorgeschlagenen Instrument zur Bankenregulierung verstärkt.

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel (Seite 317)

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland ungebrochen*

Weltwirtschaft

Starke Weltkonjunktur trotz etwas ungünstigerer Bedingungen von Seiten der Finanzmärkte

Im ersten Halbjahr 2007 hat sich das grundsätzliche Bild der Weltwirtschaft nicht wesentlich geändert: Während die Schwächephase der Konjunktur in den USA anhält, setzt sich der Aufschwung in der Europäischen Union und in Japan fort. Die Wachstumsdynamik in Ost- und Südasiens ist weiterhin sehr hoch. Der neuerliche Anstieg der Preise für Energie und Industrierohstoffe seit Anfang des Jahres gibt der Wirtschaft in den jeweiligen Exportländern, etwa in Lateinamerika und in Rußland, erneut kräftige Impulse.

Allerdings stellt sich das Umfeld für den weltwirtschaftlichen Aufschwung von Seiten der Finanzmärkte nicht mehr ganz so günstig dar wie zu Jahresbeginn: Die Kapitalmarktzinsen sind in den USA um knapp, im Euroraum um gut einen halben Prozentpunkt (auf 4,7% für Staatsschuldtitel mit zehnjähriger Laufzeit) gestiegen; die Verringerung der Renditedifferenz ist wohl der wesentliche Grund für die neuerliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar auf ein Allzeithoch im Juli. Dabei sind die Inflationserwartungen der Finanzmärkte in beiden Währungsräumen stabil geblieben. Die Konjunkturaussichten haben sich für den Euroraum zwar ein Stück weit verbessert, für die USA aber etwas eingetrübt. Was sich für beide Wirtschaftsräume und die Weltwirtschaft im allgemeinen geändert hat, sind die Erwartungen der Finanzmärkte, welche Maßnahmen die Notenbanken ergreifen werden, um ihre Stabilitätsziele zu erreichen: In den meisten Währungsräumen scheint die Serie von Zinsanhebungen im Sommer noch nicht zum Ende gekommen zu sein, und für die USA wird nicht mehr mit baldigen Zinssenkungen gerechnet.

Die Kapitalmarktzinsen sind aber – auch in realer Rechnung – immer noch niedrig. Das gilt insbesondere für Anlagen in Titel mit geringerer Bonität. Allerdings wird gerade auf den Märkten für Risikokapital mit zunehmender Volatilität gerechnet, und die Indizes der Aktienmärkte in Europa und den USA haben im Frühsommer nur noch wenig zugelegt – nicht zuletzt, weil geringere Gewinnsteigerungen der Unternehmen erwartet werden. Alles in allem wird die Weltwirtschaft von

Seiten der Finanzmärkte nicht mehr so stark beflügelt wie im vergangenen Jahr. Der Aufschwung in Japan und im Euroraum wird auch deshalb im Jahr 2007 etwas an Schwung verlieren. Zudem wird er mehr und mehr durch Engpässe auf den Arbeitsmärkten gebremst werden. Die Wirtschaft in den USA gerät zwar nicht in eine Stagnation, aber Zuwachsraten, die dem langfristigen Trend entsprechen, werden erst im Jahr 2008 wieder erreicht. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die Immobilienkrise im wesentlichen durchgestanden sein. Die Rolle der USA als größter Importeur bringt es mit sich, daß der Welthandel dieses Jahr mit gut 7% und damit langsamer als 2006 expandieren wird. Dabei ist unterstellt, daß im zweiten Halbjahr 2007 der Erdölpreis im Schnitt 70 US-Dollar pro Barrel (Brent) beträgt und der Euro durchschnittlich mit 1,36 US-Dollar gehandelt wird.

Risiken drohen wieder einmal vom Ölmarkt: Anfang Juli sind die Preise nicht mehr weit von ihrem Allzeithoch im Sommer des vergangenen Jahres entfernt. Bisher ist der Aufschwung mit immer neuen Rekordpreisen für Energie erstaunlich gut zurechtgekommen. Die Gründe dafür sind wohl zum einen, daß Preis-Lohn-Spiralen in den Industrieländern auch aufgrund der Konkurrenz zu den Produktionsstandorten in den Schwellenländern ausgeblieben sind. Zum anderen sind die Zinsen auch deshalb niedrig geblieben, weil die wichtigsten Erdölexporteure, aber auch ostasiatische Länder wie China ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse dazu verwendet haben, ihre Anlagen auf den Weltkapitalmärkten und vor allem in US-Staatsschuldtiteln drastisch aufzustocken. Risikokapital könnte sich aus Unternehmenssicht sogar noch weiter verbilligen, wenn russische oder chinesische Staatsfonds, wie angekündigt, tatsächlich vermehrt in Anlagen investieren, die risiko- und ertragreicher sind als US-Staatsschuldtitel. Die Erwartung einer solchen Entwicklung durch Akteure auf den Finanzmärkten hilft auch erklären, warum jüngst die Kurse von Staatstiteln gesunken sind, die Bewertung von Risikokapital aber recht fest blieb.

Freilich wären solche Verstaatlichungstendenzen über den Umweg der Weltfinanzmärkte dann ordnungspolitisch bedenklich, wenn sie größere Dimensionen annehmen sollten. Kurzfristig könnte eine Abkehr vor allem von US-Titeln den US-Dollar auf den internationalen Devisenmärkten weiter schwächen. Allerdings werden die Manager der Staatsfonds einen solchen Strategiewechsel im eigenen Interesse nur sehr behutsam vornehmen;

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 26/2007 am 12. Juli 2007 veröffentlicht.

schließlich sind die großen Gläubigerstaaten am Erhalt des Werts ihrer Dollaranlagen interessiert.

Schwächephase in den USA noch nicht überwunden

Im Frühsommer 2007 zeigte sich das konjunkturelle Bild in den USA ausgesprochen uneinheitlich. Auf der einen Seite ist die seit über einem Jahr andauernde Rezession des privaten Wohnungsbaus laut jüngsten Indikatoren noch nicht beendet, und die Unternehmensinvestitionen sind zwar nicht mehr rückläufig, aber immer noch schwach. Hinzu kommt, daß trotz der kräftigen weltwirtschaftlichen Expansion die Exporte zu Beginn des Jahres zurückgingen. Auf der anderen Seite zeigten sich die privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten unbeeindruckt von der Rezession am Immobilienmarkt, den gestiegenen Zinsen und dem Kaufkraftentzug durch die hohen Energiepreise. Denn Beschäftigung und Einkommen steigen nach wie vor zügig.

Auch der weitere Ausblick ist durchwachsen. Zwar scheint die Talsohle bei den privaten Wohnungsbauinvestitionen erreicht. Aber zu einer deutlichen Erholung wird es wohl erst im nächsten Jahr kommen. Immerhin scheinen sich die Unternehmensinvestitionen wieder zu beleben. Der private Konsum hat dagegen seine langerwartete Schwächephase noch vor sich. Neben der Rezession am Immobilienmarkt, den hohen Energiepreisen und den deutlich gestiegenen Zinsen wird vor allem eine langsame Abkühlung am Arbeitsmarkt die Ausgabe-freudigkeit der privaten Haushalte dämpfen. Der Außenhandel wird wieder zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts beitragen, denn die Exporte dürften weiterhin vom guten weltwirtschaftlichen Klima und der Schwäche des US-Dollar profitieren.

Von der Wirtschaftspolitik sind in der näheren Zukunft keine nennenswerten Impulse zu erwarten. Die Finanzpolitik wird wohl an ihrem neutralen bis leicht restriktiven Kurs festhalten. Angesichts des schwachen konjunkturellen Ausblicks ist von der Geldpolitik zwar als nächster Schritt eine Zinssenkung zu erwarten, mit dieser ist aber nicht vor Ende dieses Jahres zu rechnen. Aktuell werden von der Zentralbank noch deutliche Inflationsrisiken gesehen, die wohl erst im weiteren Verlauf des Jahres nach und nach abnehmen werden.

Alles in allem wird die konjunkturelle Grundtendenz zunächst verhalten bleiben und frühestens gegen Ende 2007 sehr allmählich ansteigen. Erst im Laufe des kommenden Jahres erreicht die gesamtwirtschaftliche Produktionsrate die Expansionsraten, die in etwa der Potentialwachstumsrate entsprechen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird im kommenden Jahr wohl um knapp 3% steigen, nach etwa 2% in diesem Jahr.

Aufschwung in der Europäischen Union: Warten auf Konsumbelebung im Euroraum

Angebot und Nachfrage in der Europäischen Union expandieren nach wie vor rasch. In Großbritannien droht sogar Überhitzung: Der anhaltende Preisauftrieb hat die Notenbank gezwungen, im Juli ihren Leitzins auf 5,75% zu erhöhen, den höchsten Wert in einem der großen Industrieländer. Die weiteren Aussichten für die britische Konjunktur sind also einerseits gut, andererseits besteht das Risiko, daß die Bank of England in ihrem Bemühen, den Überhitzungstendenzen entgegenzuwirken, der Konjunktur zu viel Wind aus den Segeln nimmt.

Auch in den mittelosteuropäischen Ländern der Europäischen Union ist die Konjunktur nach wie vor sehr kräftig. Sie wird überwiegend von hohen Ausrüstungsinvestitionen bestimmt; der private Konsum steigt dagegen etwas moderater. Die Wachstumsdynamik wird in diesem und im nächsten Jahr hoch bleiben. Eine Ausnahme stellt Ungarn dar, denn dort wird die Konjunktur derzeit von den Bemühungen gedämpft, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. In den baltischen Ländern bestehen Risiken einer übermäßigen Verschuldung privater Haushalte und allzu hoher Leistungsbilanzdefizite.

Im Euroraum nimmt die Produktion schon seit Anfang 2006 schneller zu, als es dem Trendwachstum von etwa 2% entspräche. Das war auch im Frühjahr dieses Jahres der Fall, obwohl der Einbruch des privaten Konsums aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland und nur moderate Steigerungen in den meisten anderen Ländern den privaten Konsum im gesamten Euroraum stagnieren ließen. Hinzu kommt eine statistische Verzerrung aus Deutschland, die auf die Frühjahrsdaten im Euroraum durchgeschlagen hat: Umfangreiche Nachmeldungen haben Ende vergangenen Jahres die Exportangaben überhöht und führten im folgenden Frühjahr statistisch zu einer schwachen Zuwachsrate. Tatsächlich stiegen die Exporte nach wie vor recht kräftig. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Investitionen: Ihre Dynamik ist etwa so hoch wie während des Booms der New Economy. Sie profitieren von den bislang günstigen Finanzierungsbedingungen. Außerdem haben die Lohnstückkosten in den letzten beiden Jahren nur langsam zugenommen – eine Folge der moderaten Lohnabschlüsse und des effizienteren Einsatzes von Arbeit in Zeiten hoher Auslastung.

Einen Auslastungsgrad, der mittlerweile sogar den im Boomjahr 2000 erreichten Stand übersteigt, ergeben beispielsweise Befragungen der Unternehmen im Auftrag der Europäischen Kommission. Sie zeigen auch viel Zuversicht, die allerdings seit einigen Monaten nicht weiter zuzunehmen scheint. Hier deutet sich an, daß die Investitionen ihr hohes Expansions-tempo nicht halten werden, auch weil die Kapitalkosten im Euroraum besonders stark gestiegen sind. Zudem hat die Europäische Zentralbank (EZB) signalisiert, daß sie den Leitzins wohl weiter anheben wird. Die Exporte werden von der jüngsten Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen etwas gedämpft. Der Konsum der privaten Haushalte wird sich dagegen nach und nach beleben. Dafür sprechen die zügig steigende Beschäftigung und die höhere Arbeitsplatzsicherheit: Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote hat im Mai mit 7% ihren niedrigsten Wert seit Bestehen des Währungsraums erreicht. Auch ist zu erwarten, daß die verbesserte Arbeitsmarktlage die Lohneinkommen stärker steigen läßt. Alles in allem wird aber der Aufschwung wohl etwas an Fahrt verlieren. Die Produktion wird in diesem Jahr mit etwa 2,6% und im nächsten Jahr mit 2,4% expandieren.

Deutschland

Aufschwung ungebrochen

In Deutschland hat sich der konjunkturelle Aufschwung im ersten Halbjahr vorübergehend abgeschwächt. Die Sondereffekte vom vergangenen Jahr, vor allem die zusätzlichen Käufe der privaten Haushalte im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung und die Abschaffung der Eigenheimzulage sowie deren Nachwirkungen haben – wie prognostiziert – den Produktionsanstieg gedämpft. Insbesondere gilt dies für den Konsum der privaten Haushalte, der infolge der restriktiven Finanzpolitik rückläufig war, aber auch für die Bauinvestitionen, deren Anstieg sich abgeschwächt hat. Schließlich leistete auch die Außenwirtschaft infolge der langsamer gestiegenen Exporte einen geringeren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres.

Nach der kurzen Delle im Frühjahr zieht die Konjunktur wieder an. Die Zuversicht der Unternehmen ist ungebrochen, das finanzielle Umfeld für Investitionsentscheidungen trotz gestiegener Kapitalmarktzinsen immer noch recht günstig. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch und regt Erweite-

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2007 und 2008

	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,8	0,6	1,9
Staatskonsum	1,5	2,1	1,1
Anlageinvestitionen	5,6	5,2	2,7
Ausrüstungen	7,3	8,0	4,5
Bauten	4,3	3,0	1,2
Sonstige Anlagen	5,9	6,0	4,0
Inländische Verwendung	1,7	2,2	2,0
Exporte	13,0	8,0	7,8
Importe	11,6	7,9	7,4
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,6	2,5
dar.: Ostdeutschland*	3,0	3,3	2,7
Nachrichtlich: USA	3,3	1,9	2,9
Euroraum	2,7	2,6	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	1,3	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,1	1,9	2,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	2,1	2,6
Lohnstückkosten ^a	-1,8	0,2	0,6
Verbraucherpreisindex	1,7	1,9	1,7
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 090	39 580	39 862
Arbeitslose ^c	4 487	3 780	3 445
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	8,7	8,0
	<i>Saldo in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staats	-1,6	-0,2	0,2

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 11.07.2007).

rungen des Produktionsapparats an. Lediglich im Wohnungsbau hält die Rückführung des von Sondereffekten geprägten hohen Niveaus im Winterhalbjahr auf einen langfristig tragfähigen Stand an. Vor allem aber hat der mit dem Beschäftigungsaufbau verbundene Einkommenszuwachs die finanzielle Lage und die Verdienstperspektiven allmählich soweit verbessert, daß die privaten Haushalte ihre Ausgaben für den Konsum deutlich erhöhen werden. Für die verbleibenden Monate dieses Jahres zeigen auch die Indikatoren eine Beschleunigung des Produktionsanstiegs an.

Im kommenden Jahr setzt sich der Aufschwung fort, obgleich die gesamtwirtschaftliche Aktivität et-

was langsamer zulegen wird. Gestiegene Zinsen sowie die Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen zeigen Wirkung, ebenso der zu erwartende Anstieg der Arbeitskosten. Allerdings dämpft die Finanzpolitik kaum noch. Die Inlandsnachfrage verliert dank des weiter steigenden Konsums der privaten Haushalte nur wenig an Schwung. Die Dynamik der Unternehmensinvestitionen dürfte dagegen nachlassen. Schließlich bleibt die Außenwirtschaft eine wichtige Kraft für den Produktionsanstieg, wenngleich die Exporte infolge der Kostensteigerung langsamer zunehmen werden. Das Bruttoinlandsprodukt steigt nach der vorliegenden Prognose in diesem Jahr um 2,6% und im nächsten um 2,5%.

Der Aufschwung verläuft weitgehend spannungsfrei. Trotz angehobener Mehrwertsteuer nehmen die Verbraucherpreise in diesem Jahr nur um 1,9% zu. Im nächsten Jahr verringert sich die Teuerung geringfügig. Von den absehbaren Lohnsteigerungen geht keine Gefahr für die Preisstabilität aus.

Das Bruttoinlandsprodukt steigt nach der vorliegenden Prognose in diesem Jahr um 2,6% und im nächsten um 2,5%. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Jahr 2008 unter die 3,5 Millionen-Marke.

Export mit leichtem Dämpfer

Nach den außerordentlichen Exportzuwächsen im Jahr 2006 nahmen die Warenausfuhren in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nur noch geringfügig zu. Während hinsichtlich der Lieferungen sowohl in die alten als auch in die neuen EU-Mitgliedstaaten noch Steigerungen erzielt werden konnten, waren die Ausfuhren in die NAFTA, hier vor allem in die USA, und nach Rußland deutlich rückläufig. Auch bei den Exporten nach Ostasien mußten erhebliche Einbußen hingenommen werden. Demgegenüber waren die Einfuhren weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. Zwar verringerten sich die Importe von Gebrauchsgütern, wie etwa Kraftfahrzeugen, da viele Ausgaben im Zuge der antizipierten Mehrwertsteuererhöhung in das vierte Quartal 2006 vorgezogen worden waren. Diese Rückgänge wurden jedoch überkompensiert durch hohe Importzuwächse bei Vorleistungsgütern. Insgesamt ging damit vom Außenhandel im ersten Halbjahr 2007 ein Dämpfer auf die Konjunktur aus.

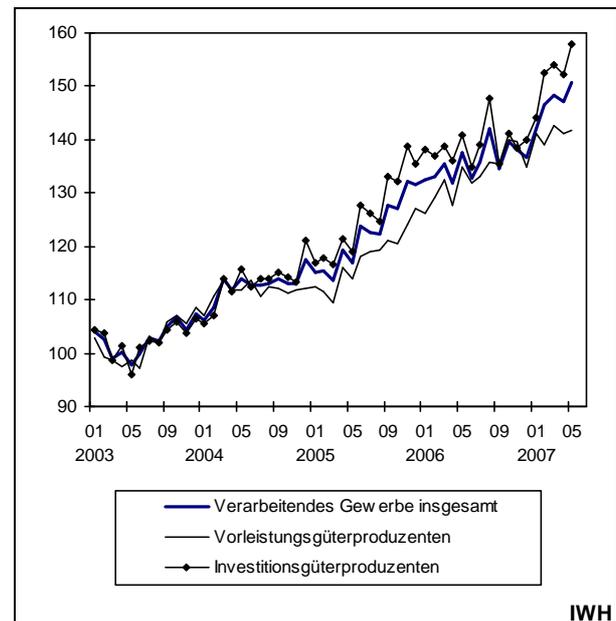
Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Ausfuhren aufgrund der weiterhin hohen Wachstumsdynamik in der Europäischen Union, in Japan und in Südostasien wieder Fahrt aufnehmen. Obgleich die konjunkturellen Impulse aus dem Ausland über den gesamten Prognosezeitraum hinweg insgesamt kräftig bleiben, wird der weltwirtschaft-

liche Aufschwung jedoch etwas an Fahrt verlieren. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Laufe des vergangenen Jahres leicht verschlechtert und wird annehmegemäß auf diesem Niveau verharren, so daß die Exportzuwächse hinter dem exorbitant hohen Wert aus dem Jahr 2006 zurückbleiben werden. Im Jahr 2007 werden die Ausfuhren um 8,0% und im Jahr 2008 um 7,8% zulegen.

Abbildung 1:

Auftragseingang aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands

- Saisonbereinigter Volumenindex 2000 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bei den Importen deutet sich nach den hohen Zuwächsen zu Jahresbeginn am aktuellen Rand eine deutliche Korrektur an. Verantwortlich dafür ist die derzeit verhaltene Entwicklung des Exports und der Investitionen. Allerdings wird sich im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums aufgrund der anziehenden Binnen- und Exportnachfrage die Dynamik hinsichtlich der Einfuhren wieder verstärken. Für 2007 wird ein Importzuwachs von 7,9%, für 2008 von 7,4% prognostiziert.

Unternehmensinvestitionen bleiben kraftvoll

Die Unternehmen haben in der ersten Hälfte dieses Jahres alles in allem kräftig investiert. Sie haben vermehrt Ausrüstungsgüter und sonstige Anlagen angeschafft, während der gewerbliche Bau nach der starken Zunahme im Vorjahr vorübergehend eine Atempause einlegte. Die hohe Kapazitätsauslastung hatte die Unternehmen veranlaßt, vermehrt

Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen. Zwar sind weltweit die Zinsen am Kapitalmarkt in den letzten Monaten gestiegen, aber auch die Aktienkurse sind hoch, und die Ertragslage hat sich bei nach wie vor hoher preislicher Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die Eigenkapitalbasis gestärkt. Die dadurch gefestigte Finanzposition der Unternehmen dürfte die Finanzierung von Sachanlagen sogar erleichtert haben.

Die Investitionskonjunktur hält im Prognosezeitraum an, auch wenn sich die Dynamik in den einzelnen Jahren aufgrund institutioneller Änderungen unterschiedlich gestaltet. Die alles in allem schwache Entwicklung der Erweiterung des Produktionsapparats in den vergangenen Jahren läßt, gemessen an der nach wie vor lebhaften Expansion der Binnen- und Auslandsnachfrage, eine weiterhin kraftvolle Investitionskonjunktur im Prognosezeitraum erwarten (siehe auch Kasten). Darauf deutet auch die derzeitig außerordentlich hohe Kapazitätsauslastung der Industrie hin. Im Schlepptau der Erweiterung des Ausrüstungsbestands dürfte auch der gewerbliche Bau wieder Fahrt aufnehmen. Tendenziell dämpfend wirken die steigenden Kapitalmarktzinsen. Die internen Finanzierungsmöglichkeiten dürften dagegen nach wie vor komfortabel bleiben.

Das zeitliche Profil der Investitionstätigkeit wird allerdings durch die 2008 wirksam werdende Unternehmensteuerreform beeinflusst. So können die Unternehmen nur noch für die in diesem Jahr angeschafften Ausrüstungsgüter die günstige degressive Abschreibung nutzen. Dies dürfte im zweiten Halbjahr zu Mitnahmeeffekten führen. Mit einer entsprechend zurückhaltenden Investitionstätigkeit ist dann zu Beginn des Jahres 2008 zu rechnen. Die weiterhin von der Weltwirtschaft ausgehenden Impulse werden im späteren Jahresverlauf den Ausrüstungsinvestitionen aber wieder Schwung verleihen. Diese Prognose geht davon aus, daß die Unternehmensteuerreform die Investitionsaktivitäten nicht anregt.

Baunachfrage mit nachlassender Schubkraft

Die bis in das Jahr 2007 reichende Abarbeitung der Vorzieheffekte von der Mehrwertsteuererhöhung und der Abschaffung der Eigenheimzulage sowie das ausgesprochen milde Wetter hatten Anfang dieses Jahres nochmals für eine kräftige Zunahme der Bauinvestitionen gesorgt. Im Anschluß daran ist die Investitionstätigkeit zurückgegangen, vor allem im Wohnungsbau. Insbesondere fehlt der Neubau von Einfamilienhäusern. Dagegen wird der Ge-

schoßwohnungsbau allmählich wieder attraktiv. Zulegen dürften allerdings weiter die energetischen Sanierungsmaßnahmen, zumal diese aufgrund der hohen Energiepreise und der Einführung des Energiepasses für die Vermietung und die Veräußerung von Immobilien weiter an Bedeutung gewinnen und von der KfW gefördert werden. Alles in allem ergibt sich ein kräftiges Plus von 2,5% für das laufende Jahr. Im späteren Verlauf dieses Jahres und besonders im nächsten Jahr dürften dann die gestiegenen Einkommen der privaten Haushalte wieder zu mehr Bauaktivitäten anregen, zumal die Erwartung weiterer Zinssteigerungen eine zügige Finanzierung sinnvoll macht.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in beiden Prognosejahren zunehmen, wenn auch etwas weniger dynamisch als zuvor. Bund, Länder und Gemeinden werden mit steigenden Steuereinnahmen dringend notwendige Bauvorhaben umsetzen.

Tabelle 2:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Ausrüstungsinvestitionen	7,3	8,0	4,5
Sonstige Anlagen	5,9	6,0	4,0
Bauinvestitionen	4,3	3,0	1,2
Wohnbauten	4,4	2,5	0,0
Nichtwohnbauten	4,2	3,6	2,7
Gewerbliche Bauten	3,8	4,0	3,0
Öffentliche Bauten	5,4	2,6	2,0
Anlageinvestitionen insgesamt	5,6	5,2	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Dämpfend wirkt in allen Bausparten der im Unterschied zu früheren Jahren deutliche Preisanstieg in diesem Jahr, der nicht nur auf die Mehrwertsteuererhöhung, sondern auch auf eine erhebliche Verteuerung von Baumaterialien und Brennstoffen zurückzuführen ist. Alles in allem werden die Bauinvestitionen im Jahr 2007 um 3% und im Jahr darauf um 1,2% steigen.

Erholung des Konsums steht bevor

Die privaten Konsumausgaben sind im ersten Quartal dieses Jahres stärker als erwartet (-1,4% zum Vorquartal) eingebrochen. Hier hat die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer ihren Tribut gefordert. Insbesondere die Käufe der privaten Haushalte von Gebrauchsgütern, darunter von Per-

Kasten:

Investitionslücke in Deutschland nicht geschlossen

Die Bruttoinvestitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen beliefen sich zum Zeitpunkt des konjunkturellen Hochs im Jahr 2000 real (preisbereinigt) auf rund 200 Mrd. Euro, im Tiefpunkt im Jahr 2002 auf 183 Mrd. Euro. Dies bedeutete einen Rückgang um 9%. Seitdem sind sie durchschnittlich jährlich um 4,2% gestiegen und übertrafen im vergangenen Jahr mit 216 Mrd. Euro wieder den letzten Höchststand. Dieser Zuwachs erscheint auf den ersten Blick erheblich. In dieser Größe sind jedoch nicht nur die Ausgaben der Unternehmen zur Erweiterung ihres Anlagenbestands (Nettoanlageinvestitionen) enthalten, sondern auch zum Ersatz der technisch veralteten und physisch verschlissenen Anlagen. Zur Beantwortung der Frage, wie weit die Unternehmen ihren Produktionsapparat erweitert und damit ihre Produktionskapazitäten erhöht haben, ist die Nettogröße ausschlaggebend. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen sind netto vom konjunkturellen Höhepunkt im Jahr 2000 bis zum Tiefpunkt im Jahr 2003 deutlich stärker als brutto gesunken, nämlich um rund 60%. Bezieht man den Wirtschaftsbau ein, war der Rückgang noch dramatischer. Während der anschließenden Aufschwungphase – insbesondere in den Jahren 2005 und 2006 – sind die Nettoinvestitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen wieder gestiegen, allerdings nur um knapp 40%. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bleiben sie immer noch unter dem langfristigen Durchschnitt. Ein anhaltend kräftiges Wachstum der Nachfrage im In- und Ausland unterstellt, dürfte auch im Kontext früherer Konjunkturzyklen weiteres Aufwärtspotential für die Investitionsaktivitäten bestehen. Zur Schließung der Investitionslücke dürfte die gegenwärtig günstige Ertragssituation der Unternehmen beitragen. Darauf deuten auch makroökonomische Modellschätzungen des IWH zum Zusammenhang zwischen Unternehmensgewinnen und Anlageinvestitionen hin.

Abbildung:
Nettoinvestitionen in Ausrüstungen und
sonstige Anlagen
- Mrd. Euro, in Preisen von 2000 -

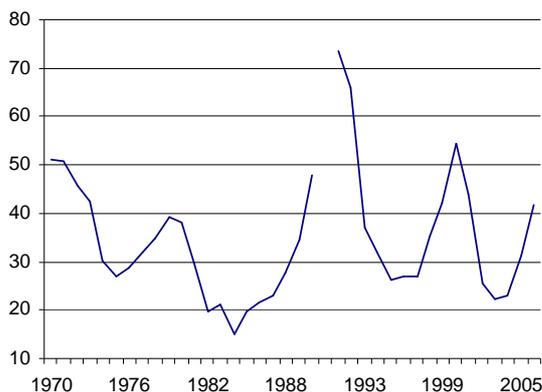
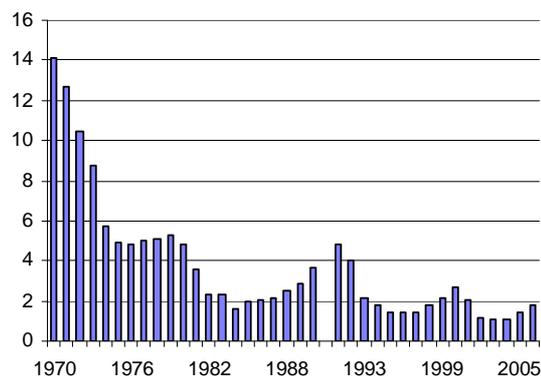


Abbildung:
Nettoinvestitionen in Ausrüstungen und sonstige
Anlagen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
- in jeweiligen Preisen, in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

IWH

sonenkraftwagen, sind drastisch zurückgegangen. Die Zahl der PKW-Neuzulassungen lag um rund 10% unter dem Vorjahreswert, dagegen hatte sie im vierten Quartal 2006 um knapp 12% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der PKW-Neuzulassungen in den Monaten April und Mai deuten aber darauf hin, daß der private Konsum im zweiten Quartal seinen Rückgang zum Teil wieder wettgemacht hat, nicht zuletzt auch wegen der deutlich anziehenden Haushaltseinkommen.

Die anhaltende Zunahme der Beschäftigung, die höheren Tarifabschlüsse und die aufgrund der nun wieder positiven Lohndrift kräftiger steigenden Effektivlöhne führen im Jahr 2007 zu einem Anstieg der Bruttoverdienste der Arbeitnehmer insgesamt, der mit 3,7% mehr als doppelt so stark ist wie im vergangenen Jahr. Die Nettoverdienste erhalten infolge der per saldo sinkenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen (Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung um insgesamt einen Prozentpunkt, Senkung des Beitragssatzes zur Ar-

beitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte) noch einen zusätzlichen Schub und legen mit über 4% zu. Der Nettolohn je Beschäftigten steigt real um gut 1%, nachdem er in den vergangenen zwei Jahren deutlich gesunken war. Die monetären Sozialleistungen gehen das zweite Jahr in Folge zurück. Maßgeblich dafür ist der beachtliche Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Versicherungsleistungen. Das neu eingeführte einkommensabhängige Elterngeld und die geringfügige Rentenerhöhung zur Jahresmitte wirken dagegen erhöhend. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren nicht so kräftig wie im Vorjahr. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen mit 2,6% deutlich rascher als in den Vorjahren zunehmen. Real bedeutet dies eine Erhöhung um rund 1%. Die Sparquote wird wieder ansteigen, nachdem sie im Vorjahr wegen vorgezogener Käufe vorübergehend gesunken war. Der private Konsum legt real um 0,6% zu.

Tabelle 3:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Verfügbares Einkommen, nominal	1,9	2,6	3,4
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	0,4	4,2	3,5
Monetäre Sozialleistungen	-0,3	-0,6	-0,8
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	6,5	2,3	6,2
Sparen	1,7	5,4	2,7
Private Konsumausgaben, nominal	2,1	2,2	3,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	1,5	3,7	3,6
Sparquote (in %)	10,6	10,9	10,8
Preisindex des privaten Konsums	1,3	1,6	1,5
Private Konsumausgaben, real	0,8	0,6	1,9

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Im nächsten Jahr dürfte sich der Konsum weiter erholen. Die Bruttoverdienste steigen infolge der sich weiter verbessernden Beschäftigungslage und der stärkeren Tarif- und Effektivlohnentwicklung ähnlich kräftig wie in diesem Jahr. Die Nettolöhne entwickeln sich aber infolge der Steuerprogression und per saldo nahezu stabiler Sozialversicherungsbeitragssätze (Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte, Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung

um 0,25 Prozentpunkte) etwas langsamer als im laufenden Jahr. Die monetären Sozialleistungen sind angesichts der weiter sinkenden arbeitslosigkeitsbedingten Transferleistungen erneut rückläufig. Die entnommenen Gewinne und die Vermögenseinkommen expandieren kräftig und insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,4% zunehmen, was einen realen Anstieg von gut 1,5% bedeutet. Bei leicht sinkender Sparquote legt der private Konsum real um 1,9% zu und trägt damit merklich zum gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs bei.

Teuerung zieht an

Im ersten Halbjahr 2007 sind die Verbraucherpreise um 1,8% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Durchschnitt des Jahres 2006 lag die Teuerungsrate bei 1,7%. Dabei hat die Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar zu einer Erhöhung des Niveaus der Verbraucherpreise von rund einem Prozentpunkt geführt. Zudem hat die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern im April die Teuerung um 0,2 Prozentpunkte angetrieben. Außerdem führte der starke Ölpreisanstieg in den letzten Monaten – in Euro gerechnet verteuerte sich das Rohöl von Januar bis Juni um knapp 25% – zu einer deutlichen Zunahme der Kraftstoffpreise. Von den Lohnstückkosten ging hingegen noch kein Preisdruck aus, im ersten Halbjahr waren sie weiterhin rückläufig.

In der zweiten Jahreshälfte ist mit einem weiterhin moderaten Preisauftrieb zu rechnen. Zusätzlich zu dem Nachwirken der Mehrwertsteueranhebung dürften vor allem die Strompreise anziehen, da ab Juli mit dem Auslaufen der Bundesverordnung Elektrizität die staatliche Preisaufsicht endet. In dieser Prognose wird unterstellt, daß der Rohölpreis bei 70 US-Dollar je Barrel verharrt und somit von diesem kein weiterer Preisdruck ausgeht. Mit der guten Konjunktur werden erstmals seit längerem wieder die Lohnstückkosten steigen, sich aber nur mit Verzögerung auf den Preisanstieg auswirken. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2007 um 1,9% erhöhen.

Im nächsten Jahr dürfte sich die Teuerung mit 1,7% etwas abschwächen. Zwar steigt der Preisdruck aufgrund der binnenwirtschaftlichen Dynamik; hier schlagen die weiterhin erhöhten Lohnstückkosten zu Buche, und auch die hohe Kapazitätsauslastung begünstigt Preiserhöhungen. Allerdings dämpft der Basiseffekt von der Mehrwertsteueranhebung.

Anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich im ersten Quartal 2007 infolge des konjunkturellen Aufschwungs weiter verbessert. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen lag um 175 000 Personen bzw. 0,4% über dem Stand im Vorquartal. Begünstigt wurde dies durch die Senkung der Lohnnebenkosten. Auch gingen im ersten Quartal die – auf die Arbeitsstunde bezogenen – Lohnstückkosten um 0,6% gegenüber dem Vorjahresquartal zurück.

Der Beschäftigungsstand wurde gegenüber dem Vorquartal nicht nur in den Dienstleistungsbereichen (+120 000 Personen) erhöht. Auch im Verarbeitenden Gewerbe (+17 000) und im Baugewerbe (+39 000) nahm die Zahl der Arbeitsplätze zu. Der Beschäftigungsaufbau im Baugewerbe wurde durch die außergewöhnlich milde Witterung in den Wintermonaten begünstigt, wodurch die Unternehmen zu einem jahreszeitlich ungewöhnlich frühen Zeitpunkt mit Außenarbeiten beginnen konnten. Diese Effekte sind dafür verantwortlich, daß die Belegung zu Frühjahrsbeginn weniger stark ausgefallen ist als üblich.

Bemerkenswert ist, daß vor allem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden sind. Im April lag deren saisonbereinigte Zahl um ca. 750 000 Personen über dem Niveau vom Januar 2006, als der Tiefpunkt erreicht war. Dabei nahm im Sommerhalbjahr 2006 erstmals seit dem Jahr 2000 auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen zu.¹ Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Beschäftigungsaufbaus erfolgte im Bereich der Leiharbeit. Staatlich subventionierte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse leisteten keinen wesentlichen Beitrag zum Beschäftigungsaufbau. Die Zahl der Selbständigen, die durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, nahm um 70 000 Personen ab. Die Ursache dafür liegt darin, daß die Förderinstrumente Ich-AG und Überbrückungsgeld durch den restriktiver ausgestatteten Gründungszuschuß ersetzt wurden. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung (Minijobs) hat leicht zugenommen. Die Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs) haben nicht weiter an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Selbständigen, die keine Förderleistungen erhalten, übertraf im ersten Quartal erheblich den Stand vom Vorjahreszeitraum.

Im Jahr 2007 wird die Zahl der Erwerbstätigen infolge der konjunkturellen Entwicklung und be-

¹ Aktuellere Zahlen liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor.

günstigt durch die weiterhin moderate Lohnentwicklung um 490 000 bzw. 1,3% gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Dafür spricht auch der hohe Bestand an freien Stellen. Der überwiegende Teil des Beschäftigungsaufbaus wird auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ungeforderte Selbständigkeit entfallen. Im Jahr 2008 setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort. Er wird jedoch – bedingt durch die etwas langsamere konjunkturelle Gangart und die im Gefolge der Tariflohnerhöhungen steigende Lohnkostenbelastung der Produktion – schwächer sein als im Jahr zuvor.

Im Zuge der lebhaften Zunahme der Erwerbstätigkeit verringerte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Seit März 2005 – dem Höchststand der Arbeitslosigkeit – ging sie saisonbereinigt bis Mai dieses Jahres um ca. 1,2 Millionen Personen zurück. Damit war der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit deutlich stärker als der Anstieg der Erwerbstätigkeit. Dies ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit auf die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus sowie das rückläufige Arbeitsangebot zurückzuführen.²

In diesem und im nächsten Jahr wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit – wenn auch etwas abgeschwächt – fortsetzen. Dies ist vor allem konjunkturell bestimmt, resultiert aber auch daraus, daß die Überprüfung des Arbeitslosenstatus durch die Bundesagentur für Arbeit zum größten Teil abgeschlossen ist. Auch dürfte es immer schwieriger werden, im Bestand der registrierten Arbeitslosen geeignete Fachkräfte in solchen Berufsgruppen zu finden, bei denen schon jetzt auf dem Markt Engpässe zu beobachten sind. Außerdem werden die Lohnabschlüsse zu einem Anstieg der Lohnkostenbelastung führen. Positiv auf den weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit wirkt das sinkende Arbeitsangebot. So werden per saldo ca. 100 000 Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden.³ Außerdem wurden zwei neue Förderprogramme für Langzeitarbeitslose bzw. jüngere Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen aufgelegt. In diesen beiden Maßnahmen sollen etwa 150 000 Personen gefördert werden.⁴ Insgesamt wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt dieses Jah-

² Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Monatsbericht Juni 2007 sowie BACH, H.-U.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.: Arbeitslosigkeit sinkt unter vier Millionen, in: IAB Kurzbericht, 5/2007, S. 3 f.

³ Vgl. ebenda.

⁴ Vgl. BUNDESREGIERUNG: Lohnkostenzuschüsse: Fuß fassen auf dem Arbeitsmarkt. Pressemitteilung vom 13.06.2007

res um ca. 710 000 Personen gegenüber dem Vorjahr und im kommenden Jahr um 335 000 Personen abnehmen.

Entspannte Lage der öffentlichen Haushalte im Aufschwung

Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung und die Mehrwertsteuererhöhung bringen dem Staat kräftig steigende Einnahmen. Die positive Einnahmentwicklung wird angesichts der weiterhin günstigen konjunkturellen Lage anhalten. Einen Dämpfer gibt es 2007 durch die mit einem EuGH-Urteil entstandene Rückzahlungsverpflichtung von Körperschaftsteuereinnahmen aus der Zeit vor 2001, die auf 5 Mrd. Euro veranschlagt wird. Im Jahr 2008 wird die Unternehmensteuerreform den Einnahmenanstieg bremsen. Im Bereich der Sozialversicherung soll 2008 der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte erhöht werden. Angesichts des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit und um die Abgabenbelastung nicht zu erhöhen, wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um weitere 0,3 Prozentpunkte auf 3,9% des Bruttolohns gesenkt. Damit ändert sich 2008 im wesentlichen nur die Struktur, nicht aber die Gesamthöhe der Belastung mit Sozialbeiträgen. Die Staatseinnahmen insgesamt steigen 2007 um 4,5% und 2008 um 2,1%.

Auf der Ausgabenseite kam es im ersten Quartal 2007 zu einer sehr kräftigen Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Dies ist nur teilweise auf das ungewöhnlich milde Wetter zu Jahresbeginn zurückzuführen. Vor allem im kommunalen Bereich dürfte sich der Anstieg der Investitionen fortsetzen, da insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen stark wachsen und hier erheblicher Nachholbedarf besteht. Für das gesamte Jahr 2007 geht die Prognose von einer Zunahme der Staatsinvestitionen um nominal 8,2% aus, für 2008 um weitere 4,6%. Insgesamt dürfte die verbesserte Einnahmensituation den Druck zum Sparen auf die öffentlichen Haushalte verringern. Im Jahr 2008 kommen steigende Tarife für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts hinzu. Andererseits sinken mit der verbesserten Beschäftigungslage Ausgaben für die Unterstützung von Arbeitslosen. Der Haushaltsüberschuß bei der Bundesagentur für Arbeit wird deshalb voraussichtlich weiter zunehmen. Die Staatsausgaben insgesamt steigen 2007 um 1,2% und 2008 um 1,3%.

Insgesamt wird das Budgetdefizit des Staats im Jahr 2007 auf 0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts sinken. Im Jahr 2008 ist sogar mit einem leichten Überschuß zu rechnen.

Wirtschaftspolitik

Gefahr durch prozyklische Finanzpolitik

Die Bundesregierung will die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Entlastung des Bundeshaushalts nutzen. So soll sich die Agentur künftig an der Verwaltung und der Finanzierung von Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose beteiligen. Der Wegfall des Aussteuerungsbetrags (einer Zahlung der Arbeitsagentur an den Bund für jeden neuen Langzeitarbeitslosen) gleicht diese Zusatzkosten nicht aus. Insgesamt werden durch diese Maßnahmen die Zuständigkeiten zunehmend vermischt: Die Kosten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Verwaltung beim Arbeitslosengeld II sind kein Bestandteil der Arbeitslosenversicherung, da es hier um ein steuerfinanziertes Sicherungssystem geht. Folglich müßten Kosten für diese versicherungsfremden Leistungen wie bisher vom Bund getragen werden.

Zur Finanzierung steigender Leistungen der Pflegeversicherung wird deren Beitragssatz um 0,25 Prozentpunkte erhöht. Zugleich wird – angesichts des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit – der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte gesenkt. Damit wird die Pflegeversicherung ein rein beitragsfinanziertes System bleiben, während in der Bundesagentur für Arbeit eine intransparente Mischfinanzierung von Versicherungs- und versicherungsfremden Leistungen erfolgt. Dieser Finanzierungsaufbau widerspricht der Logik der beiden Systeme: Da die Leistungen der Arbeitslosenversicherung dem Prinzip der Beitragsäquivalenz folgen, wäre ihre Finanzierung allein oder überwiegend durch Beiträge angemessen. Die Leistungen für Langzeitarbeitslose sollten davon klar getrennt und ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden. In der Pflegeversicherung sind die Leistungen unabhängig von der Höhe der zuvor geleisteten Einzahlungen, folglich ist in diesem Bereich der sozialen Sicherung eine stärkere Finanzierung durch steuerfinanzierte Zuschüsse angebracht.

Der Staat hat Anfang dieses Jahres die Sozialversicherungsbeiträge um netto 1,3 Prozentpunkte gesenkt. Weitere Beitragssenkungen werden zur Zeit diskutiert, angesichts des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung. Zwar wirkt sich eine Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen⁵ günstig auf Beschäf-

⁵ Eine Simulationsrechnung mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH hat ergeben, daß die leichte

tigung und Produktion aus. Da jedoch die Sozialbeiträge über den Konjunkturzyklus hinweg stabil bleiben sollten, wäre eine schnelle, allein durch den aktuellen Aufschwung bedingte Beitragssenkung nicht empfehlenswert. Eine Beitragssenkung in Zeiten rückläufiger Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr, daß die nächste Beitragserhöhung in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit bereits vorprogrammiert ist. Konjunkturelle Schwankungen würden somit durch den Staat verstärkt, die Planungssicherheit der Unternehmen würde durch häufige Beitragssatzänderungen beeinträchtigt. Der Beitrag würde seine Rolle als automatischer Stabilisator des Konjunkturzyklus verlieren. Eine weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ist deshalb erst dann zu empfehlen, wenn in der nächsten konjunkturellen Schwächephase erkennbar wird, daß eine Beitragssenkung über den Zyklus hinweg nachhaltig sein kann.

Ähnlich könnte der starke Anstieg der staatlichen Investitionen auf den Konjunkturverlauf prozyklisch wirken. Einerseits ist eine Steigerung öffentlicher Investitionen generell wünschenswert, da beispielsweise in der kommunalen Infrastruktur erheblicher Nachholbedarf besteht. Andererseits würde die rasche Ausweitung der Staatsinvestitionen im Aufschwung eine ebenso rasche Rückführung der Staatsinvestitionen im Abschwung bedingen und somit die Konjunkturschwankungen verstärken. In der jetzigen Aufschwungphase wäre es daher richtig, die staatliche Investitionstätigkeit langsamer als den Anstieg der Staatseinnahmen zu erhöhen und mittelfristig auf einem höheren Niveau als heute zu stabilisieren. Vorteile dieses Vorgehens wären, daß im jetzigen Aufschwung die Sanierung der öffentlichen Haushalte schneller vorankäme und in einem künftigen wirtschaftlichen Abschwung der Staat mit seiner stabilen Investitionstätigkeit die Nachfrage stützen würde. Ziel sollte es sein, daß der Staat über den Konjunkturverlauf hinweg eine stetige und verlässliche Finanzpolitik betreibt, um die Erwartungen zu stabilisieren und den Konjunkturverlauf zu glätten.

Geldpolitischen Kurs nicht übermäßig straffen

Im Juni 2007 hat die EZB den Expansionsgrad der Geldpolitik abermals zurückgenommen. Der maßgebliche Leitzins liegt nunmehr bei 4%. Die Real-

Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zum Beginn dieses Jahres um durchschnittlich 1,3 Prozentpunkte im Jahr 2007 zu einer um 0,1 Prozentpunkt niedrigeren Arbeitslosenquote und 0,1 Prozentpunkt mehr Wachstum führt.

zinsen⁶ sind sowohl am kurzen als auch am langen Ende mit etwa 2,3% bzw. 2,7% nicht mehr so niedrig wie noch vor einem halben Jahr.

Nach Ansicht der EZB überwiegen derzeit weiterhin die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, vor allem von Seiten der Löhne. Allerdings deutet die mit der Zinswende vor gut 1½ Jahren eingeleitete Moderation in der monetären Entwicklung zunehmend auf eine Mäßigung der Inflationsrisiken hin. Die Ausleihungen der Kreditinstitute an Haushalte und Unternehmen weiten sich zwar noch immer vergleichsweise stark aus, jedoch hat sich deren Dynamik zuletzt abgeschwächt. Dies dürfte, ebenso wie die Entwicklung der sogenannten Tauschgeldmenge M1, auf eine Verlangsamung der Konjunktur im Euroraum hindeuten; die Zuwachsraten der Geldmenge M1 in realer Rechnung hat seit der Zinswende von über 10% auf zuletzt etwa 4% abgenommen. Auch werden die Kapazitäten nach der hier vorgelegten Prognose im Prognosezeitraum insgesamt zwar gut ausgelastet sein, es gibt aber keine Anhaltspunkte für eine erhebliche Überauslastung.

Alles in allem scheint sich ein Ende des Zinsanhebungszyklus zwar noch nicht unmittelbar abzuzeichnen. Aber vor dem Hintergrund der weiterhin fest verankerten, mittelfristigen Inflationserwartungen bei 2% deutet eine breitgefaßte monetäre Analyse (die sich nicht auf das Aggregat M3 reduziert) derzeit darauf hin, daß eine Anhebung der Leitzinsen in zwei Schritten um jeweils ¼ Prozentpunkt als angemessen bezeichnet werden kann. Die Geldmarktzinsen würden damit zum Jahreswechsel auf ein Niveau von gut 4½ Prozent gesteuert werden und dann leicht über dem Niveau liegen, welches als neutral gilt.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Diemo Dietrich, Ruth Grunert,
Ingmar Kumpmann, Axel Lindner, Brigitte Loose,
Rolf Scheufele, Götz Zeddies*

⁶ Der kurzfristige Realzins wird anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des Harmonisierten Verbraucherindex (HVPI) (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraums mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird.

„Sag mir, wo die Mädchen sind ...“ Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen

In den Untersuchungen zum deutschen Binnenwanderungsverhalten, insbesondere mit Blick auf die Wanderungsströme von Ost- nach Westdeutschland, standen bisher vornehmlich Alter und Bildung der Fort- und Zuzügler im Zentrum der Analyse.⁷ In jüngster Zeit wurde nun die Geschlechtskategorie vermehrt Gegenstand der wissenschaftlichen, aber auch der politischen Debatte, wobei das Interesse hauptsächlich der Binnenmigration (junger) Frauen gilt.⁸ Diese neue Akzentuierung begründet sich in einer durch das Wanderungsverhalten junger Frauen bedingten Verstärkung verschiedener regionaler Problemlagen. Einerseits stellen gerade die Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren als potentielle Mütter eine besonders kritische Gruppe im Hinblick auf die langfristige demographische Entwicklung einer Region dar.⁹ Aus ökonomischer Perspektive fehlen mit den abgewanderten Frauen dieses Alters – zumindest langfristig – Fachkräfte, die in der Regel ein höheres Bildungspotential aufweisen als deren männliche Pendanten und somit für die regionale Humankapitalausstattung von entscheidender Bedeutung sind. Hinzu kommt, daß die verstärkte Frauenabwanderung in einigen Regionen ein Ungleichgewicht der Geschlechtsstruktur innerhalb der jüngeren Altersgruppen nach sich gezogen hat,¹⁰ welches gesell-

schaftliche Spannungen generieren und zu sozialer Erosion führen kann.

Die bisherigen Untersuchungen zum Wanderungsverhalten junger Frauen bewegen sich in der Regel auf der Mikroebene. Sofern den Wanderungsströmen Entscheidungen von Individuen bzw. Haushalten zugrundeliegen, scheint eine adäquate Analyse des Migrationsverhaltens nur auf dieser Ebene möglich zu sein. Andererseits stützen sich die umfragebasierten Studien auf eine sehr begrenzte Fallzahl, wodurch der unbestrittene Einfluß regionaler Charakteristika auf das Wanderungsverhalten nicht angemessen abgebildet werden kann. Diesem Desiderat soll durch die vorliegende Analyse regionaler Wanderungsströme begegnet werden. Die eher auf der Makroebene angesiedelte Untersuchung ist somit als nötige Ergänzung der bisherigen Studien zu verstehen, nicht zuletzt, um potentiellen Handlungskonzepten gerade in regionalpolitischer Hinsicht ein besseres Fundament bieten zu können. Dies geschieht freilich zu dem Preis, daß die individuelle Ebene, auf der Migrationsentscheidungen letztlich getroffen werden, nicht für sich selbst beobachtet werden kann.¹¹

Die Grundlage des Beitrags bildet eine geschlechts- und altersspezifisch differenzierte Wanderungsdatenbank für das Jahr 2005, welche es erlaubt, die tatsächlichen Wanderungsströme von Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren unterschieden nach Herkunfts- und Zielregion für Gesamtdeutschland auf Kreisebene zu betrachten.¹² Eine Wanderung im Sinne der vorliegenden Analyse stellt dabei eine dauerhaft angelegte Verlagerung des Hauptwohnsitzes (länger als ein Jahr) über eine Kreisgrenze hinweg dar. In Verbindung mit regionalen Datensätzen (INKAR, VGR der Länder) sowie der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit können dann die regionalen

⁷ Vgl. dazu exemplarisch MAI, R.: Abwanderung aus Ostdeutschland. Frankfurt/Main 2004. – FRIEDRICH, K.; SCHULTZ, A.: Mit einem Bein noch im Osten? Abwanderung aus Ostdeutschland in sozialgeographischer Perspektive, in: C. Dienel (Hrsg.), Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückganges in Ostdeutschland. Wiesbaden 2005, S. 203-216.

⁸ Vgl. BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG: Not am Mann. Von den Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht. Berlin 2007. – ZAICEVA, A.: East-West Migration and Gender: Is there a „Double Disadvantage“ vis-à-vis Stayers? IZA-Discussion Paper 2810, 2007. Auch auf internationaler Ebene findet die Geschlechtsdimension der Migration eher zögerliche Beachtung, vgl. dazu: DUMONT, J.-C.; MARTIN, J. P.; SPIELVOGEL, G.: Women on the Move: The Neglected Gender Dimension of the Brain Drain. IZA-Discussion Paper 2920, 2007.

⁹ Die vorgenommene Altersgruppierung von 18 bis 30 Jahren ist durch den gewählten Datensatz vorgegeben.

¹⁰ Vgl. zu dieser Problemlage BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG, a. a. O.

¹¹ Um sowohl Mikro- als auch Makroaspekte abzudecken, müßte ein Multilevel-Modell geschätzt werden. Dies ist aber auf der Grundlage deutscher Datensätze kaum möglich, vgl. für US-Daten SWAIN, L. L.; GARASKY, S.: Migration Decisions of Dual-earner Families: An Application of Multilevel Modeling. *Journal of Family Economics* 28, 2007, pp. 151-170.

¹² Vgl. zur Analyse des Wanderungsverhaltens nach Herkunft und Ziel für den Untersuchungsraum KUBIS, A.: Sectoral Movement as an Incentive for Interregional Migration. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. *Discussion Papers in Economics* 42, 2005.

Determinanten des Wanderungsverhaltens junger Frauen analysiert werden. Auf die Analyse der komplementären Gruppe der jungen Männer wird in diesem Beitrag verzichtet.

Die Fakten: Ostdeutsche Peripherie verliert stark, Agglomerationen gewinnen junge Frauen

Bevor untersucht wird, welche Determinanten das Wanderungsverhalten von Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren bestimmen, sollen zunächst die aktuellen Erscheinungsformen dieser Wanderungsbewegung veranschaulicht werden. Abbildung 1 zeigt die Raten des regionalen Wanderungssaldos der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren für das Jahr 2005 auf Kreisebene. Diese Raten bestimmen sich aus den mit der weiblichen Bevölkerung im untersuchten Alter gewichteten Zuzügen abzüglich der Fortzüge.

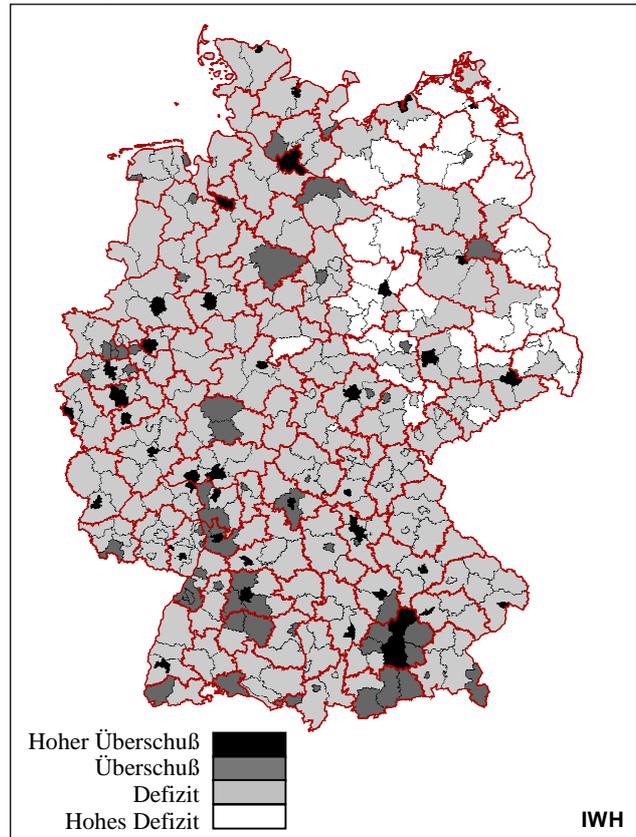
Es wird erkennbar, daß über zwei Drittel der deutschen Kreise per saldo einen wanderungsbedingten Verlust an Frauen in der untersuchten Altersgruppe aufweisen (weiß und hellgrau). Dabei stellen die weiß markierten Gebiete Regionen mit einer besonders ausgeprägten Negativbilanz der Wanderung junger Frauen dar. Hingegen markieren die dunkel eingefärbten Gebiete Kreise mit einem deutlich positiven Wanderungssaldo.

Die Abbildung macht zwei Trends sichtbar. Erstens verlassen die jungen Frauen in besonders hohem Umfang die ostdeutsche Peripherie. Zwar ist auch die westdeutsche Peripherie von diesem Trend betroffen, aber in deutlich geringerem Ausmaß. Zweitens ist erkennbar, daß die Regionen mit positiver Bilanz meist urbane Zentren darstellen, wobei sich hierunter auch eine Reihe ostdeutscher Städte befindet (vgl. Tabelle 1).

Insofern scheinen zwei Trends parallel zu wirken: Einerseits ist nach wie vor eine Wanderungstendenz in Ost-West-Richtung zu verzeichnen, diese Entwicklung wird aber überlagert von einem Trend in Richtung Agglomeration, so daß auch ostdeutsche Zentren vom Zuzug junger Frauen profitieren.

Abbildung 2 bezieht die Wanderungssaldorate der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren auf das Verhältnis von Männern zu Frauen in dieser Altersgruppe. Ein besonders starkes Frauendefizit ist in zahlreichen ostdeutschen Regionen zu beobachten. Dieses Defizit geht einher mit einer deutlichen Tendenz zu erhöhter Frauenabwanderung. Aber auch in westdeutschen Regionen zeigt sich der Trend, daß Regionen mit vergleichsweise hohen männlichen Bevölkerungsanteilen tendenziell eher weibliche Bevölkerung verlieren als die übrigen Regionen.

Abbildung 1:
Rate des regionalen Wanderungssaldos
- Frauen, 18 bis 30 Jahre, 2005 -



Hoher Überschuß bzw. Defizit entspricht dem oberen bzw. unteren 10%-Quantil. Überdurchschnittliche Abwanderung im Landkreis Göttingen durch Grenzdurchgangslager Friedland.
Rate des Wanderungssaldos in Region $i = (Zuzüge_i - Fortzüge_i) / Bevölkerung_i$ (alle Größen für Frauen, 18 bis 30 Jahre).

Quellen: Statistisches Bundesamt 2005; Darstellung des IWH.

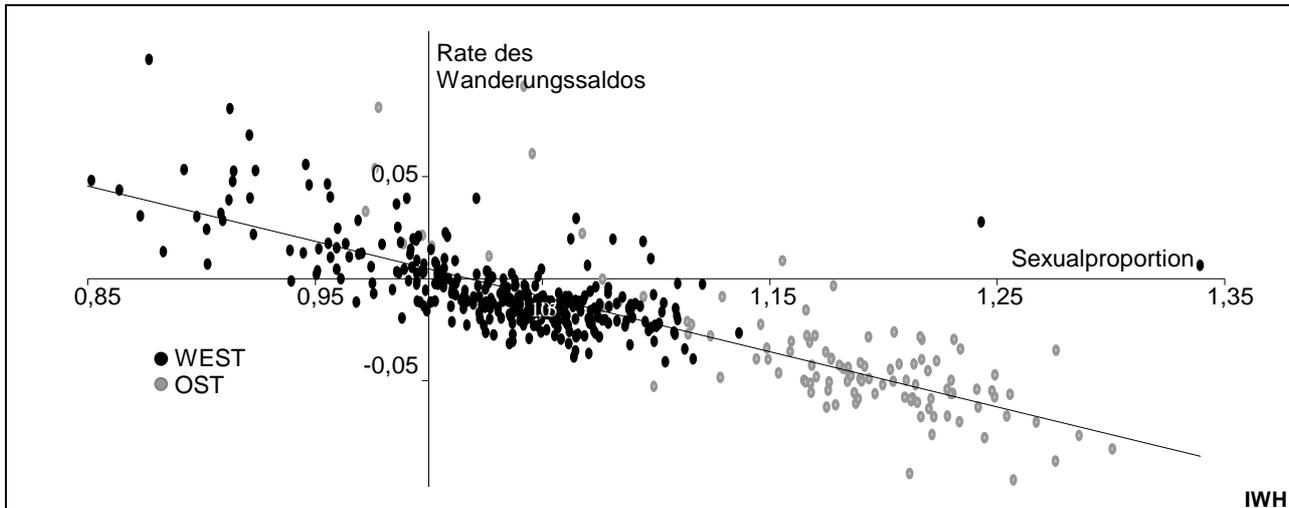
Tabelle 1:
Kreise mit den 10 höchsten bzw. niedrigsten Raten
des regionalen Wanderungssaldos
- Frauen, 18 bis 30 Jahre, 2005 (ohne Göttingen) -

Kreis	Saldorate	Kreis	Saldorate
Mainz	22,92 %	Niederschlesischer	
Köln	10,72 %	Oberlausitzkreis	-9,88 %
Magdeburg	9,41 %	Hoyerswerda	-9,55 %
Greifswald	8,39 %	Demmin	-8,93 %
Augsburg	8,31 %	Uecker-Randow	-8,37 %
Nürnberg	7,03 %	Spree-Neiße	-7,80 %
Dresden	6,11 %	Parchim	-7,69 %
Regensburg	5,58 %	Nordvorpommern	-7,66 %
Leipzig	5,38 %	Elbe-Elster	-7,04 %
Düsseldorf	5,34 %	Uckermark	-7,01 %
		Altmarkkreis	-6,78 %
		Salzwedel	

Rate des Wanderungssaldos in Region $i = (Zuzüge_i - Fortzüge_i) / Bevölkerung_i$ (alle Größen für Frauen, 18 bis 30 Jahre).

Quellen: Statistisches Bundesamt 2005; Berechnung des IWH.

Abbildung 2:
Rate des regionalen Wanderungssaldos^a in Relation zur Sexualproportion^b
- Frauen, 18 bis 30 Jahre, 2005 -



^a Rate des Wanderungssaldos in Region $i = (\text{Zuzüge}_i - \text{Fortzüge}_i) / \text{Bevölkerung}_i$ (alle Größen für Frauen, 18 bis 30 Jahre). – ^b Sexualproportion einer Region $i = \text{Anzahl der männlichen Individuen zur Anzahl der weiblichen Individuen einer Region } i$ (alle Größen für Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren).

Quellen: Statistisches Bundesamt 2005; Darstellung des IWH.

Dies spricht dafür, daß ein längerfristiger Trend der Abwanderung junger Frauen aus diesen Regionen das Geschlechterverhältnis bereits zuungunsten der Männer beeinflusst hat.

Diese Entwicklung impliziert, daß in den betreffenden Kreisen Frauen stärker auf bestimmte regionale Charakteristika reagieren als Männer und damit eher abwandern. Würden die Männer in einem ähnlichen Umfang wandern, bliebe das Geschlechterverhältnis unberührt. Die folgende Analyse konzentriert sich indes nicht auf die Wandermotive der Männer, sondern auf die Bestimmgründe des Wanderungsverhaltens junger Frauen.¹³

**Determinanten von Wanderungsprozessen:
Erklärungsansätze und ökonomisches Modell**

Wanderungsprozesse beruhen auf dem Entscheidungsverhalten von Individuen, welches schon auf der Mikroebene durch eine komplexe Motivlage gekennzeichnet ist – insbesondere dadurch, daß die mit einer Wanderungsentscheidung verknüpften Nutzenkalküle häufig nicht nur einzelne Personen, sondern Haushalte betreffen, so daß die Mo-

¹³ Welche dieser Faktoren zu einer geschlechtsselektiven Abwanderung geführt haben und welche Einflüsse stattdessen sowohl für Frauen als auch für Männer gleichermaßen von Bedeutung sind, muß einer späteren Analyse vorbehalten bleiben. Wenn also von Determinanten der Frauenabwanderung gesprochen wird, so heißt dies noch nicht, daß diese Faktoren nicht auch für Männer gültig sind.

tivlagen mehrerer Personen das Migrationsverhalten bestimmen.¹⁴ Gesteigert wird diese Komplexität noch durch den in der vorliegenden Studie vorgenommenen Wechsel der Blickrichtung auf die Makroebene, also auf die Ebene der regionalen Wanderungsströme. Die Migrationsbewegungen zwischen verschiedenen Regionen resultieren aus einem vielschichtigen Geflecht von Motiven der einzelnen Fortzügler. Ganz allgemein dürften die zentralen Motivkomplexe der Binnenwanderung in den folgenden drei Dimensionen zu finden sein:¹⁵

1. Ökonomische Motive,
2. Bildungsmotive,
3. Partnerschafts- und Familienmotive.

Entlang der drei genannten Motivkomplexe sollen im folgenden Hypothesen formuliert werden, wel-

¹⁴ Vgl. dazu die klassische Arbeit von MINCER, J.: Family Migration Decisions. *Journal of Political Economy* 86, No. 5, 1978, pp. 749-773. Indes dürfte der überwiegende Anteil der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren noch ohne familiäre Rücksichten handeln. Außerdem deutet auch die Tatsache eines Frauendefizits in vielen Abwanderungsregionen darauf hin, daß Frauen in dieser Altersgruppe eher ohne Partner wandern.

¹⁵ Daß dies zumindest für die Ost-West-Binnenwanderung zentrale Faktoren sind, zeigt u. a. DIENEL, C.: Einleitung: Theorie und Praxis regionaler Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland, in: C. Dienel, a. a. O., S. 7-32. – Für Sachsen vgl. GOSCH, S.: Ergebnisse der sächsischen Wanderungsanalyse, in: *Statistik in Sachsen* 3/2003, S. 60-62.

che im zweiten Schritt anhand regionaler Datensätze einer ökonomischen Prüfung unterzogen werden. Da der Fokus des Beitrags allein auf der Gruppe der 18- bis 30jährigen Frauen liegt, ist eine nicht zu unterschätzende Bedeutung der zweiten und dritten Motivgruppe anzunehmen, so daß zur Ableitung der Hypothesen breite sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze heranzuziehen sind und nicht allein auf die ökonomische Theorie der Migration rekurriert werden kann. Deren Paradigma ist in erster Linie die Arbeitsmarktmigration, welche vornehmlich das ökonomische Motiv der Verbesserung von Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten betrifft. Es wird indes auch zu sehen sein, daß die drei Motive nicht immer klar voneinander getrennt werden können, so daß teilweise auch eine andere Zuordnung der nachfolgend beschriebenen Faktoren zu einem der drei Komplexe möglich wäre.

1. Ökonomische Motive: Erwerbs- und Einkommenschancen

Die Analyse des Erwerbs- und Einkommensmotivs läßt sich auf der Basis des mikroökonomischen Humankapitalmodells der Migration untersuchen.¹⁶ Bei diesem Entscheidungsmodell bestimmen die Differenz der erwarteten Einkommen zwischen Herkunfts- und Zielort sowie die mit der Migration verbundenen Kosten die individuelle Wanderungsentscheidung. Ist der erwartete Ertrag eines Umzugs positiv, so wird die Herkunftsregion verlassen. Als Zielort wird die Region gewählt, welche den Ertrag der Wanderung maximiert.

Um dieses ökonomische Kalkül in regionaler Hinsicht abzubilden, wird auf die regionalspezifischen Einkommensniveaus (2004) zurückgegriffen. Im ökonomischen Modell wird diesem Fakt durch die Implementierung regionaler Bruttolöhne Rechnung getragen. Dabei können zwar keine geschlechtsspezifischen Unterschiede berücksichtigt werden, es läßt sich jedoch unterstellen, daß diese Unterschiede regional nur gering voneinander abweichen und somit als Vergleichsmaßstab für frauenspezifische Einkommensunterschiede zwischen den Regionen herangezogen werden können.

Ein rationales Wanderungskalkül berücksichtigt indes nicht nur das regionale Einkommensniveau,

¹⁶ Vgl. dazu die klassischen Arbeiten von SJAASTAD, L. A.: The Costs and Returns of Human Migration, *Journal of Political Economy* 70, 1962, Supplement, pp. 80-93 sowie HARRIS, J.; TODARO, M.: Migration, Unemployment & Development: A Two-Sector Analysis. *American Economic Review* 60, No. 1, 1970, pp. 126-142.

sondern ebenso die Wahrscheinlichkeit, diesen Einkommensfluß auch zu realisieren. Dies kann dadurch geschehen, daß die regionalspezifische Arbeitslosenquote der Frauen (2005) herangezogen wird. Diese Größe ist ein Maß für das Risiko, das regionale Einkommensniveau zu späteren Zeitpunkten nicht zu erreichen, und wird von rationalen Akteuren in die Wanderungsentscheidung einbezogen. Tabelle 2 deutet darauf hin, daß Arbeitslosigkeit für das Wanderungsverhalten relevant sein könnte. Es zeigt sich, daß insbesondere die Regionen mit einem stark negativen Wanderungssaldo der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren auch Regionen sind, in denen eine besonders hohe Frauenarbeitslosigkeit vorherrscht.

Tabelle 2:
Frauenspezifische Arbeitslosigkeit 2005

	ALQ ^a	ALQ<25 ^b	ALQ>55 ^c
Deutschland	8,3%	7,7%	5,8%
Hoher Überschuß	8,2%	6,7%	6,2%
Überschuß	8,4%	7,7%	5,7%
Defizit	7,6%	7,6%	5,2%
Hohes Defizit	15,7%	12,3%	10,1%

^a Arbeitslose Frauen je erwerbsfähige Frauen. – ^b Arbeitslose Frauen unter 25 Jahren je erwerbsfähige Frauen bis 25 Jahre. – ^c Arbeitslose Frauen über 55 Jahre je erwerbsfähige Frauen über 55 Jahre.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA) 2005; Berechnung des IWH.

Die dritte zentrale Größe im Humankapitalmodell der Migration stellen die Wanderungskosten dar. Diese Determinante wird in der Analyse durch die Distanz (2005) zwischen Herkunfts- und Zielkreis in Autofahrminuten berücksichtigt. Dabei wird unterstellt, daß eine Wanderung über kurze Distanz mit weniger monetären als psychischen Kosten verbunden ist, da insbesondere die sozialen Netzwerke nicht vollständig aufgegeben werden.¹⁷

2. Bildungsmotive: Regionale Ausbildungsmöglichkeiten

Wanderungsentscheidungen im frühen Erwachsenenalter sind maßgeblich durch Bildungsmotive

¹⁷ In mikroökonomischen Studien wird häufig das Alter als Maß für die Wanderungskosten herangezogen, wobei unterstellt wird, daß Jüngere weniger fest mit einer Region verbunden sind, so daß ein Wechsel mit geringeren Kosten verbunden ist. Da sich die Analyse auf die der Wanderung der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren konzentriert, wird auf eine Berücksichtigung regionalspezifischer Altersstrukturen verzichtet.

bestimmt.¹⁸ An Abbildung 1 bzw. Tabelle 1 ließ sich bereits ablesen, daß diese Aussage auch für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand gelten dürfte. Demnach sind unter den Gewinnerregionen nicht selten Standorte zu finden, die durch ein hochwertiges Angebot an Ausbildungsstätten gekennzeichnet sind. Umgekehrt ist zu vermuten, daß die negative Wanderungsbilanz der (ost-)deutschen Peripherie durch den Mangel an entsprechenden Bildungseinrichtungen bzw. Ausbildungsplätzen mitbedingt ist.

Ganz allgemein ist davon auszugehen, daß Personen mit hohem schulischen Ausbildungspotential (Hochschulreife) in Regionen mit einem entsprechenden tertiären Bildungsangebot wandern. Da dieses Angebot räumlich stark konzentriert ist, dürften hiervon die stärksten bildungsspezifischen Wanderungseffekte ausgehen. Demgegenüber kann vermutet werden, daß die Wanderung aus Gründen der beruflichen Erstausbildung weniger starken Einfluß auf das Wanderungsverhalten ausübt, da die Angebote gleichmäßiger zwischen den Regionen verteilt sind. Hier ist allenfalls ein spezifischer Osteffekt zu erwarten, welcher die mangelnde Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen in den Neuen Bundesländern widerspiegelt.

Im Rahmen der Analyse werden sowohl die Wanderungseffekte der tertiären Ausbildung als auch der beruflichen Erstausbildung berücksichtigt. Der erste Aspekt wird durch die geschlechtsspezifische Studienplatzdichte (2004) einer Region abgebildet. Diese Größe ist definiert als Anteil der weiblichen Studierenden je weiblichen Abiturienten. Sie ist ein Maß für die regionale Kapazität, weibliche Schulabsolventen mit Hochschulreife über das regionale Angebot an Hochschulen zu absorbieren. Eine hohe Studienplatzdichte sollte tendenziell mit verringerter Abwanderung bzw. höherer Zuwanderung einhergehen, so daß der Wanderungssaldo in der untersuchten Gruppe positiv mit dieser Größe korreliert. Die Effekte der beruflichen Erstausbildung werden über die Ausbildungsplatzdichte (2004) implementiert, welche die Anzahl der offenen und vermittelten Stellen je Ausbildungssuchenden einer Region repräsentiert.¹⁹

¹⁸ Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung klassifiziert die Wanderungen im Alter von 18 bis 25 Jahren generell als Ausbildungsplatzmigration. Vgl. SCHLÖMER, C.: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung, in: Raumforschung und Raumordnung 2/2004, S. 96-108.

¹⁹ Einschränkend ist dabei anzumerken, daß hierbei lediglich die betriebliche Ausbildung erfaßt ist. Die insbesondere in

Auch hier ist zu vermuten, daß ein umfangreiches Ausbildungsplatzangebot – also eine hohe Ausbildungsplatzdichte – positiv auf den Wanderungssaldo wirken sollte.

Darüber hinaus ist an der Schwelle von der Bildungs- zur Erwerbsphase ein weiteres Wanderungsmotiv zu vermuten. Insbesondere bei den Hochschulabsolventen stellt sich die Frage des anschließenden Erwerbseintritts. Daher sollte auch das Angebot an hochqualifizierten Arbeitsplätzen von Bedeutung für die regionale Wanderungsbilanz sein. Diesen Aspekt berücksichtigt das Modell durch den Anteil der weiblichen Studierenden an der Zahl der weiblichen Personen, die in einem wissenschaftlich-technischen Beruf – gemessen anhand der HRSTO-Klassifikation (vgl. Kasten) – arbeiten (Frauenstudienplatz je HRSTO-Frauen, 2004). Es ist zu erwarten, daß Frauen mit entsprechendem Bildungshintergrund zum Erwerbseintritt in diese Regionen ziehen, wenn sie nicht schon zum Beginn der Ausbildung dorthin gewechselt sind. Insofern verschränken sich hier Bildungs- und Erwerbsmotive.

Kasten:

HRSTO-Berufsklassifikation

Nach der Definition des OECD-Handbuchs zur Messung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (Canberra-Handbuch) beinhaltet die HRSTO-Klasse (Human Resources in Science and Technology Occupations, Humanressourcen in Wissenschaft und Technik mit wissenschaftlich-technischer Tätigkeit) sämtliche Personen, die in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind, wobei die Definition des wissenschaftlich-technischen Berufs auf der ISCO 88-Berufsklassifikation basiert. Demnach bilden die ISCO 88-COM Gruppe 2 und 3 die HRSTO-Berufe.

Vgl. Handbuch zur Messung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik. Canberra-Handbuch, Eurostat/OECD, 1994.

3. Partnerschafts- und Familienmotive:

Zwei Konzepte

Migrationsmotive finden sich nicht nur auf den Feldern von Arbeitsmarkt und Bildung, Wanderungen sind häufig auch privat motiviert und betreffen die Sphären von Partnerschaft und Familie. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß diese Motive nicht für sich allein stehen, sondern das Erwerbs- und Einkommensmotiv integrieren. Grundsätzlich kann von zwei Partnerschafts- bzw. Familienmo-

Ostdeutschland verstärkt vorzufindende überbetriebliche Ausbildung kann nicht adäquat berücksichtigt werden.

dellen ausgegangen werden: Entweder wird eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf angestrebt, d. h., beide Partner gehen einer Erwerbstätigkeit nach und versuchen, wesentliche Teile der Kindererziehung über externe Betreuungsmöglichkeiten zu realisieren. Oder es wird eine erwerbsmäßige Arbeitsteilung vollzogen, was jedoch bedeutet, daß die alleinverdienende Person die nötigen Ressourcen generieren muß.²⁰ In diesem Zusammenhang wird vermutet, daß Frauen Regionen wählen, in denen

- i) hinreichende Berufsangebote für Frauen vorliegen,
- ii) eine hohe Flexibilität in der Berufsgestaltung möglich ist und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügbar sind, so daß sich Beruf und Familie vereinbaren lassen,
- iii) ein adäquates Angebot an möglichen Partnern besteht, welche ihrerseits mit hinreichenden Erwerbs- und Einkommenschancen ausgestattet sind.

Dabei sind die ersten beiden Aspekte für das Alleinverdienermodell weniger entscheidend, während im Modell der doppelten Erwerbstätigkeit alle drei Aspekte von hoher Bedeutung sind.

i) Der potentielle Arbeitsmarkt für Frauen wird durch den Anteil frauentypischer Berufe (2005) in einer Region berücksichtigt. Zur Bestimmung des spezifischen Berufsangebots für Frauen werden die für Frauen typischen Berufe herangezogen, indem gemäß der vorliegenden BA-Klassifikation (Dreisteller) der jeweilige Anteil an erwerbstätigen Frauen innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen ermittelt wird. Dabei wird eine Mindestfrauenquote von 70% für einen frauentypischen Beruf unterstellt. Es ergeben sich gemäß BA-Klassifikation 42 Frauenberufe. Die wichtigsten Berufsfelder für Frauen sind neben den Büroangestellten und Verkäuferinnen diverse soziale Berufe (Kranken- und Pflegeberufe), aber auch Gebiete wie die Leitung von Apotheken oder Tätigkeiten im Rahmen der (vor)schulischen Ausbildung zählen dazu.

ii) Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird über folgende Größen abgebildet: Teilzeitarbeitsmarkt, Beschäftigungsquote und Kindergartenplatz-

²⁰ Für die Wanderungen in Ost-West-Richtung spricht die Evidenz auf der Mikroebene dafür, daß Frauen ihr Arbeitsangebot nach der Wanderung reduzieren, aber nicht vollständig aufgeben. Vgl. ZAICEVA, A., a. a. O.

dichte. Der potentielle Teilzeitarbeitsmarkt für gut ausgebildete Frauen wird über den Anteil der in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätigen, teilzeitbeschäftigten Frauen an allen weiblichen Teilzeitbeschäftigten (HRSTO-Frauenteilzeitanteil, 2005) abgebildet.

Die Beschäftigungsquote (2005) wird gemessen als erwerbstätige Frauen je Frauen im erwerbsfähigen Alter. Die Kindergartenplatzdichte (2002) mißt den Anteil der Kindertagesstättenplätze je Kinder unter 6 Jahren in der betreffenden Region.²¹ Diese Größen dürften Einfluß auf die Wanderungsentscheidung haben. Dies zeigt Tabelle 3, welche veranschaulicht, daß Zuwanderungsregionen durch ein besonders hohes Angebot an Teilzeitmöglichkeiten und eine hohe Beschäftigungsquote gekennzeichnet sind.

Tabelle 3:
Regionale Beschäftigungsquoten von Frauen nach Beschäftigungsmerkmalen, 2005

	Teilzeit ^a	HRSTO-Teilzeit ^b	EWT ^c	HRSTO-EWT ^d
Deutschland	14,4%	4,8%	46,3%	14,8%
Hoher Überschuß	19,6%	6,8%	67,5%	23,9%
Überschuß	15,3%	5,0%	48,1%	15,9%
Defizit	12,8%	4,1%	39,4%	11,7%
Hohes Defizit	10,8%	4,0%	40,7%	12,7%

^a Frauen mit Teilzeittätigkeit je Frauen im Alter von 18 bis 65 Jahren. – ^b Frauen mit hochqualifizierter Teilzeittätigkeit je Frauen im Alter von 18 bis 65 Jahren. – ^c Erwerbstätige Frauen je Frauen im Alter von 18 bis 65 Jahren. – ^d Erwerbstätige Frauen in hochqualifizierten Berufen je Frauen im Alter von 18 bis 65 Jahren. Ohne Landkreis Göttingen.

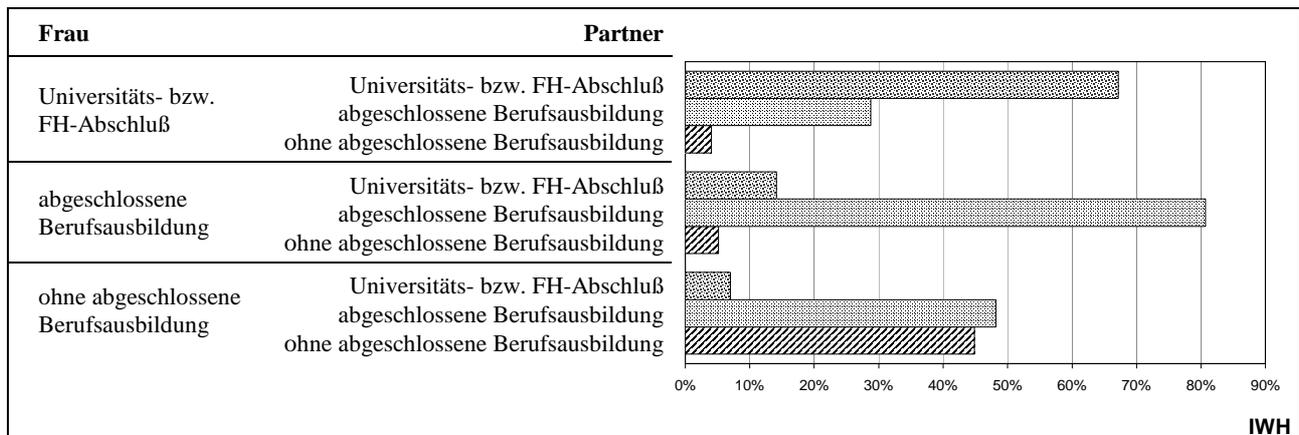
Quellen: BA 2005; Berechnung des IWH.

Teilzeitmöglichkeiten sollten insbesondere für Frauen von Relevanz sein. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß Teilzeitarbeit ein typisches, durch Frauen dominiertes Merkmal ist. In Deutschland sind 85% der Personen, die in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis stehen, Frauen.

iii) Die empirische Evidenz zeigt, daß Partnerwahlentscheidungen nur in geringem Umfang Bil-

²¹ Die negative Korrelation ($r = -0,39$) zwischen hochqualifizierten Teilzeitstellen und der Kindergartenplatzdichte spiegelt nicht zuletzt das gute Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen in ostdeutschen Regionen wider. Dies geht einher mit einem in diesen Regionen vorherrschenden Familienmodell, in dem beide Partner eine Vollzeittätigkeit anstreben.

Abbildung 3:
 Bildungsstruktur von Lebensgemeinschaften
 - Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren -



Quellen: Mikrozensus 2004; Berechnungen des IWH.

dungsgrenzen durchbrechen (vgl. Abbildung 3).²² Insbesondere gut ausgebildete Frauen wählen Partner mit mindestens dem gleichen Ausbildungsniveau. Für Männer gilt diese These nur begrenzt, was in der Tendenz für die Verbreitung des männlich orientierten Alleinverdienermodells spricht. Vor diesem Hintergrund sollten Frauen mit Bildungspotential in Regionen mit einem hohen Anteil an hochqualifizierter männlicher Bevölkerung wandern.²³

Dieser Aspekt des partnerschaftlichen Matchings wird über zwei Größen berücksichtigt. Einerseits wird der Anteil von Männern in wissenschaftlich-technischen Berufen an allen männlichen Erwerbstätigen (HRSTO-Männeranteil, 2005) berechnet. Dieser Anteil wissenschaftlich-technischer Berufe an der Erwerbsstruktur der Männer spiegelt den Bestand an hochqualifizierten Männern einer Region wider. Andererseits wird der regionale Frauenanteil an den Abiturienten (2004) einbezogen. Die geschlechtsspezifische Gymnasialstruktur steht innerhalb der Analyse für das Potential einer Region. Wenn Regionen nicht ausreichend in das Bildungsniveau junger Männer investieren und das geringe Niveau nicht durch entsprechenden Arbeitsmarktzug angepaßt werden kann, ergibt sich

daraus ein Mangel an potentiellen, gut ausgebildeten männlichen Partnern für die untersuchte Altersgruppe.

Ökonometrische Ergebnisse

Der Einfluß der in den vorigen Abschnitten beschriebenen Faktoren wird im folgenden im Rahmen einer multivariaten Regressionsanalyse überprüft. Als erklärende Variable fungiert die Anzahl der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren, welche im Jahr 2005 aus einer Herkunftsregion A in eine Zielregion B gewandert sind. Aus Normierungsgründen ist dieser Wanderungsstrom mit der Gruppe der Frauen im untersuchten Alter aus der Herkunftsregion A gewichtet. Da die Analyse auf Kreisebene stattfindet, gibt es für jede der 438 Herkunftsregionen (ohne Berlin) insgesamt 437 Zielregionen.²⁴ Alle Erklärungsgrößen sind als Differenz von Ziel- minus Herkunftsregion modelliert.²⁵ Neben einer Schätzung für die gesamtdeutschen Wanderungsströme werden drei regional getrennte Schätzvarianten realisiert. Die gesonderten Regressionen beziehen sich auf die Wanderungsströme zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland (Ost↔West), innerhalb Westdeutschlands (West↔West) sowie innerhalb Ostdeutschlands (Ost↔Ost). Der Einfluß der verschiedenen Deter-

²² Vgl. zum bildungsspezifischen Partnerwahlverhalten TECKENBERG, W.: Wer heiratet wen? Sozialstruktur und Partnerwahl. Opladen 2000.

²³ Freilich kann nicht ausgeschlossen werden, daß Frauen im Rahmen einer Partnerschaft in diese Regionen wandern, weil der Partner dort gute Arbeitsmarktchancen vorfindet. Das aggregierte Untersuchungsniveau erlaubt es selbstverständlich nicht, zwischen der individuellen Wanderungsentscheidung der Frau und einer Entscheidung auf Haushaltsebene zu differenzieren.

²⁴ Berlin wurde aufgrund der fehlenden Zuordnungsmöglichkeit zu West- oder Ostdeutschland nicht berücksichtigt.

²⁵ Lediglich der Bruttolohn ist in Form eines Quotienten von Ziel- zu Herkunftsregion im Modellansatz integriert. Daneben ist die Distanz durch die Entfernung zwischen Ziel- und Herkunftsregion in Autofahrminuten definiert.

Tabelle 4:
OLS-Schätzgleichungen Wanderung der 18-bis 30jährigen Frauen 2005^a

Endogene Variable: Wanderung von Herkunft nach Ziel je Einwohner der Herkunftsregion in der Altersgruppe				
Exogene Variablen ^b	Gesamt	West↔West	Ost↔Ost	Ost↔West
Regionaler Bruttolohn je Arbeitnehmer	0,207***	0,394***	0,406	0,242***
Arbeitslosenquote Frauen	0,001	0,003**	0,3e-3	0,001***
Distanz zwischen Herkunft und Ziel	-0,003***	-0,003***	-0,008***	-0,4e-3***
Frauenstudienplatz je Abiturientin	0,1e-3***	0,2e-3***	0,5e-3***	0,6e-4***
Ausbildungsplatzdichte	0,002***	0,003***	0,015***	0,002***
Frauenstudienplatz je HRSTO-Frauen	-0,003***	-0,005***	-0,017***	-0,002***
Anteil frauentypischer Berufe	-0,058	0,136	-0,669	-0,011
Beschäftigungsquote Frauen	-0,109***	-0,199***	-0,142	-0,066***
HRSTO-Frauenteilzeitanteil an Frauen	1,027***	0,408	6,516***	1,197***
Kindergartenplatzdichte	0,001***	0,001**	0,003**	0,001***
HRSTO-Männeranteil an Männern	0,537***	0,263**	5,596***	0,210***
Frauenanteil an den Abiturienten	-0,100*	-0,080	0,353	-0,014
Konstante	0,673***	0,645***	1,691***	-0,009***
Dummy LK Göttingen (Friedland-Effekt)	0,422***	0,475***		0,358***
Dummy Ost↔West	-0,017**			
Dummy Ost↔Ost	0,172***			
R ²	0,053	0,056	0,107	0,064
Prob>F	0,000	0,000	0,000	0,000
N	191 406	105 950	12 432	73 024

^a Signifikanzniveaus: * 0,1, ** 0,05, *** 0,01. – ^b Die exogenen Variablen sind bis auf die Distanz definiert als Differenz der Ausprägungen von Zielregion minus Herkunftsregion. Im Fall des regionalen Bruttolohns wird statt der Differenz der Quotient aus Ziel- und Herkunftsregion verwendet. Als Referenzkategorie der Regionaldummies fungieren die Wanderungen innerhalb Westdeutschlands (West↔West).

Quellen: VGR der Länder 2007; INKAR 2006; BA 2005; Berechnungen des IWH.

minanten auf die jeweiligen Wanderungsströme der jungen Frauen ist in Tabelle 4 dargestellt.²⁶

Als Ergebnis ist zunächst die Tatsache festzuhalten, daß ein Großteil der erwarteten Effekte durch die Schätzungen bestätigt wird, allerdings auch einige unerwartete Ergebnisse erkennbar werden.²⁷ Das vergleichsweise geringe Bestimmtheitsmaß der Schätzungen liegt in der gewählten regionalen Aggregationsstufe der Kreise begründet – die Trennschärfe des Modells ist auf dieser Ebene somit noch recht gering.²⁸ Nichtsdestotrotz ist die Analyse auf dieser feingliedrigen Stufe nötig, da mit dem Wechsel auf ein höheres regionales Aggregationsniveau ein massiver raumspezifischer Informationsverlust einherginge, so daß beispiels-

weise nicht mehr sinnvoll zwischen Peripherie und Agglomeration unterschieden werden könnte.

Fokussiert man zunächst auf die Ergebnisse für Gesamtdeutschland, so zeigt sich, daß Einkommensvorteile in der Zielregion im allgemeinen zu einer erhöhten Zuwanderung führen. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist im Gesamtmodell nicht signifikant. Die generell negative Wirkung der Distanz filtert primär die kleinräumige Wanderung der Frauen in benachbarte Kreise, d. h. innerhalb der Grenzen funktionaler Räume. Bestehende Netzwerkstrukturen (Elternhaus, Freunde etc.) bleiben bei der Wanderung in der Nahdistanz erhalten, im Bereich mittlerer Distanzen können die Netzwerke immerhin noch über Wochenendkontakte gewährleistet werden.

Hinsichtlich des zweiten Wanderungsmotivs – der bildungsbezogenen Wanderung – zeigt sich zunächst ein hoch signifikanter Effekt des Anteils der Frauenstudienplätze je Abiturientin, was für eine ausgeprägte Frauenwanderung hin zum Studienplatz spricht. Auch die Ausbildungsplatzdichte einer Region hat einen stark positiven Einfluß auf den Verbleib bzw. die Wanderung von Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Daneben ist es förderlich, wenn die an der Hochschule ausgebil-

²⁶ Wenn die analysierten Motive die Wanderungsströme junger Frauen erklären, ist damit nicht gesagt, daß die Faktoren keinen Einfluß auf die Wanderungskalküle ihrer männlichen Pendanten ausüben.

²⁷ Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß die voneinander abweichenden Skalierungsniveaus der exogenen Größen einen direkten Vergleich des Gewichts der untersuchten Determinanten als wenig belastbar erscheinen lassen.

²⁸ Das Bestimmtheitsmaß verbessert sich erheblich, wenn die Schätzungen auf höheren regionalen Aggregationsstufen (z. B. Bundesländer) durchgeführt werden.

deten Frauen nach der Ausbildung adäquate Jobs in der Region finden. Dementsprechend führt ein dort auftretendes Unterangebot an Berufen für diese hochqualifizierten Frauen – trotz reichhaltiger Ausbildungsmöglichkeiten – zur Abwanderung aus der Region. Mit anderen Worten generiert die Bildungswanderung vornehmlich dann nachhaltige Effekte, wenn Frauen auch nach dem entsprechenden Bildungsabschluß in der Region verbleiben können.²⁹

Mit Blick auf das Partnerschafts- und Familienmotiv der Wanderung finden sich Belege für die besondere Bedeutung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zwar ist der Anteil der frauentypischen Berufe nicht signifikant, was darin begründet sein kann, daß sich hierunter wenig hochqualifizierte Tätigkeiten finden und die regionale Streuung dieser Berufe eher gering ist. Indes bestätigt die Schätzung die Bedeutung der Flexibilität in der Berufsgestaltung für Frauen in hochqualifizierten Berufen (HRSTO-Teilzeitquote). Ebenso wirkt eine gute Versorgung mit Krippen-/Kindergartenplätzen signifikant positiv auf die Zielabwägung bei der Wanderung. Die Tatsache, daß die Beschäftigungsquote unerwartet negativ wirkt, läßt sich damit erklären, daß durch diese Größe indirekt der regionale Anteil von weiblichen Studierenden gemessen wird. Insofern unterstreicht der negative Koeffizient das Gewicht des Bildungsmotivs.

Als weiterer Aspekt der partnerschaftlichen Wanderungsmotive wurde ein entsprechend hochqualifiziertes „Männerangebot“ als Zielkriterium der Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren untersucht. Dies sollte insbesondere für die gut ausgebildeten Frauen eine entscheidende Rolle spielen, da sich diese nur selten für Partner mit einem geringeren Bildungsniveau entscheiden (Abbildung 3). Die Schätzung für Gesamtdeutschland bestätigt die Vermutungen. Demnach wirkt ein hoher Anteil an männlichen Abiturienten, aber ebenso ein gutes Angebot an Männern, welche im hochqualifizierten wissenschaftlich-technischen Bereich tätig sind, positiv auf die Wanderungsbilanz der Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren.

Die Betrachtung der nach Herkunft-Ziel-Regionen differenzierten Wanderungsströme in Tabelle 4 macht deutlich, daß sich die wesentlichen Determinanten der Frauenwanderung auch in den Unter-

gruppen bestätigen.³⁰ Die nicht nachweisbaren Einkommenseffekte bei einer Wanderung innerhalb Ostdeutschlands könnten darauf hindeuten, daß das Erwerbsmotiv als Wanderungsgrund eher unterrepräsentiert ist, daß also ostdeutsche Frauen, wenn sie ihre ökonomische Situation verbessern wollen, eher nach Westdeutschland umziehen, als in den Neuen Ländern zu verbleiben.³¹ Überraschend ist der signifikant positive Koeffizient für die frauenspezifische Arbeitslosenquote der Wanderungen innerhalb Westdeutschlands sowie zwischen ost- und westdeutschen Gebieten. Dies bedeutete, daß junge Frauen eher in Gebiete mit höherer Arbeitslosigkeit ziehen. Das muß freilich nicht gegen die Existenz ökonomischer Motive sprechen, da sich die Frauen an ihren eigenen Arbeitsmarktchancen orientieren, welche in den regionalen Arbeitsmarktcharakteristika nicht immer adäquat abgebildet sein müssen.

Regionalpolitische Handlungsfelder

Die vorliegende Analyse belegte die Signifikanz der vermuteten ökonomischen, familien- und bildungsbezogenen Wanderungsmotive. Im allgemeinen wandern junge Frauen in Regionen mit guten Einkommens- und hochwertigen Erwerbsmöglichkeiten, wobei die Vereinbarkeit von Familie, Partnerschaft und Beruf im genuinen Interesse dieser Gruppe zu liegen scheint. Ferner zeigt sich eine ausgeprägte Anziehungskraft von Regionen mit erstrangigen Bildungsangeboten. Dabei generiert diese Bildungswanderung einen nachhaltig positiven Effekt auf die Wanderungsbilanz, da die jungen Frauen verstärkt dorthin ziehen, wo nicht nur Studienplätze vorhanden sind, sondern auch Arbeitsfelder für hochqualifizierte Hochschulabsolventinnen.

Angesichts der eingangs beschriebenen Problemlagen, welche sich aus dem andauernden Fortzug junger Frauen ergeben, fragt sich, ob und wie von politischer Seite darauf reagiert werden kann.³² Aus den in der Analyse aufgezeigten Motivkomplexen lassen sich drei verschiedene Handlungsfelder bestimmen, welche allerdings bereits in der regionalpolitischen Diskussion stehen und von der

²⁹ Anderenfalls hätten Regionen mit entsprechenden Bildungsinstitutionen keinen verstärkten Zuzug aufzuweisen, weil in der Gegenrichtung zum Zuzug von Abiturientinnen die Hochschulabsolventinnen die Region wieder verließen.

³⁰ Dies zeigt sich u. a. daran, daß es keinen signifikanten Vorzeichenwechsel zwischen den Schätzvarianten gibt.

³¹ Allerdings müssen sich die individuellen Einkommenschancen nicht in jedem Fall im regionalen Lohnniveau widerspiegeln.

³² Vgl. zu detaillierteren Schlußfolgerungen die auf Sachsen-Anhalt bezogene Studie von DIENEL, C.: Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2004. S. 492 ff.

vorliegenden Studie daher nur unterstrichen werden können. Der erste Aspekt betrifft die individuellen Einkommenschancen. Nur in Regionen mit einem hochwertigen Arbeitsplatzangebot – auch für die potentiellen Partner – ist mit einer entsprechenden Zu- oder aber Rückwanderung junger Frauen zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung geeignet, die regionale Wanderungsbilanz nachhaltig zu optimieren, sofern dadurch eine Verbesserung der regionalen Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten erreicht wird. Zweitens sollte sich die Förderung von Teilzeit- und Kinderbetreuungsangeboten positiv auf die Zuwanderung junger Frauen auswirken – ein Aspekt, den gerade ostdeutsche Agglomerationen offensiver vertreten sollten. Drittens zeigt sich, daß attraktive Bildungsangebote für Frauen einen positiven Einfluß auf deren Wanderungsverhalten ausüben. Die Analyse macht darüber hinaus deutlich, daß die Wirkung von zusätzlichen frauenspezifischen Bildungsmöglichkeiten gesteigert werden kann, wenn angemessene Joban-

gebote für die Hochschulabsolventinnen vorhanden sind.

In Anbetracht des Ausmaßes der Abwanderung aus besonders benachteiligten Regionen, aber auch mit Blick auf die zweifelhafte Steuerbarkeit der identifizierten Wanderungsdeterminanten ist jedoch Skepsis angebracht, ob sich die Trends in den Wanderungsbewegungen dieser Gebiete spürbar beeinflussen lassen. Vor diesem Hintergrund scheint ein kurzsichtiges Kirchturmdenken wenig hilfreich. Stattdessen sollte gerade aus ostdeutscher Perspektive versucht werden, potentielle Maßnahmen auf die Zentren der Neuen Bundesländer zu konzentrieren, damit die aus den peripheren Regionen abwandernden Frauen zumindest in Ostdeutschland gehalten werden können.

Alexander Kubis
(Alexander.Kubis@iwh-halle.de)
Lutz Schneider
(Lutz.Schneider@iwh-halle.de)

Gefährdet der Stadtumbau Ost Altbaubestände und historische Innenstädte? Empirische Befunde für Sachsen*

Stadtumbau in der Kritik

Der Leerstandsproblematik in ostdeutschen Städten wird seit 2001 mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes entgegengewirkt. Im Programmjahr 2007 stellt der Bund den ostdeutschen Ländern etwa 110 Mio. Euro für Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen zur Verfügung.³³ Sachsen erhält davon 33 Mio. und setzt diese Fördermittel wie in den Vorjahren überwiegend für den Rückbau ein.³⁴

Während die Umsetzung des Programms in den betreffenden Städten ohne größere Schwierigkeiten bzw. politischen Protest verläuft, stoßen vor allem Abrisse von Altbauten bei Beobachtern auf Kritik, die dem Denkmalschutz und der Bewahrung des kulturellen Erbes einen hohen Wert beimessen. In

den Feuilletons der deutschen Presse werden Abbrüche von historisch bedeutsamen Gebäuden und Denkmälern verurteilt und den meist kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsanbietern wird vorgeworfen, den Stadtumbau allein an betriebswirtschaftlichen Interessen auszurichten.³⁵ Man beanstandet, daß durch die Förderpraxis Altbaubestände und historische Innenstädte gegenüber den eher am Stadtrand gelegenen Plattenbausiedlungen benachteiligt würden.³⁶

Kritik am Stadtumbau regt sich auch in Kreisen der privaten Immobilienwirtschaft. Der Bundesverband freier Immobilien und Wohnungsunternehmen e. V. und der Verband der Kleineigentümer Haus & Grund fordern in Presseerklärungen zum Stadtumbau Ost eine verstärkte Aufwertungs-

* Der Verfasser dankt der Sächsischen Aufbaubank (SAB) für ihre Unterstützung der IWH-Untersuchungen zum Stadtumbau durch die Bereitstellung von Daten zur Umbauförderung.

³³ VERWALTUNGSVEREINBARUNG STÄDTEBAUFÖRDERUNG 2007, Art. 8 (1).

³⁴ SÄCHSISCHE AUFBAUBANK: Wohnungsbaumonitoring 2006/2007. Dresden 2007, S. 10.

³⁵ Vgl. z. B. RAUTERBERG, H.: Ein Land auf Abriß, in: Die Zeit, Nr. 3/2007, S. 31 f. – GRÜNZIG, M.: Schrumpfende Denkmale, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 10/2007, S. 34. – BARTETZKY, A.: Schluß mit den Märchen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 91/2006, S. 37.

³⁶ Vgl. GURATZSCH, D.: Stadtumbau Ost: Bye Bye Platte – und erhaltet die Altbauten, in: Welt online, 21.6.2007, http://www.welt.de/kultur/article960774/Bye_Bye_Platte_-_und_erhaltet_die_Altbauten.html, Zugriff am 27.06.2007.

förderung in den Innenstädten und Altbauquartieren, um tragfähige Stadtstrukturen und den Erfolg des Stadtumbaus erreichen zu können.³⁷

Diese Argumente und Positionen zu den Folgewirkungen des Stadtumbaus Ost für Altbaubestände und historische Innenstädte werden in diesem Beitrag aus stadtoökonomischer Sicht untersucht, um die Debatte über dieses Thema zu versachlichen und Mißverständnisse auszuräumen. Folgende Fragestellungen werden dabei am Beispiel der Entwicklung in Sachsen empirisch überprüft:

Fragestellung I:

Wie bedeutend ist der Abriß von Altbaubeständen im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“?

Fragestellung II:

Wie verteilt sich die Aufwertungsförderung im Stadtumbau Ost und wie stark profitieren Altbaubestände davon?

Zunächst wird die Bedeutung der Altbauquartiere aus ökonomischer Sicht diskutiert; anschließend werden Potentiale und Restriktionen für den Erhalt aufgezeigt. Darauf aufbauend wird zunächst die Fragestellung zum Rückbau und dann die Frage nach der Aufwertung empirisch untersucht. Es folgen eine Zusammenführung der empirischen Untersuchungsergebnisse und deren Interpretation. Der Beitrag endet mit der Darstellung einiger weiterführender Fragestellungen.

Hoher Stellenwert der Altbauten im Stadtumbau Ost

Nicht nur die Verbände der privaten Immobilienwirtschaft sehen in der Erhaltung und Sanierung von Altbaubeständen sowie der Aufwertung und Vitalisierung der Innenstädte³⁸ ein erstrebenswertes Ziel. Das Leitbild einer kompakten Stadt mit einem belebten Zentrum ist weitgehend politischer Konsens für die Stadtentwicklung.³⁹ Als Ziele des

Stadtumbauprogramms werden neben der Bekämpfung des Wohnungsleerstands auch die Stärkung der Innenstädte und die Wiedernutzung wertvoller Altbaubestände explizit hervorgehoben.⁴⁰ Insbesondere bestehen für den Rückbau von vor 1914 errichteten Gebäuden in Blockrandbebauung und stadtbildprägenden Gebäuden besondere Genehmigungsvorschriften.

Erhebungen zur Umsetzung der Ziele im Stadtumbau zeigen zumindest das Bestreben vieler Städte, die historischen Bestände zu schützen und zu revitalisieren. Danach sind die Quartierstypen „Historische Altstadt“, „Gründerzeitliche Stadterweiterung (bis 1918)“ und „innenstadtnahe Bereiche (1919 bis 1948)“ deutlich seltener Schwerpunkte des Rückbaus als Quartiere des „DDR-Wohnungsbaus“. Aufwertung spielt besonders im Typ „Historische Altstadt“ eine bedeutende Rolle.⁴¹

Die politische Unterstützung, die die Bewahrung historischer Bestände, insbesondere von Denkmälern, erfährt, wird damit begründet, daß diese Bestände neben dem kommerziellen Nutzen intangible Nutzenpotentiale (Repräsentativität, besondere Architektur, Image, Identität) mit sich bringen können.⁴² Einige Studien aus dem angelsächsischen Bereich versuchen mit unterschiedlichen Methoden, den Wert des kulturellen Erbes bzw. der Denkmaleigenschaft zu quantifizieren.⁴³ Derartige Studien sind für die deutschen Altbaubestände bislang nicht vorhanden, jedoch lassen sich die Potentiale und Hemmnisse einer Revitalisierung auch theoretisch ableiten.

³⁷ Vgl. BUNDESVERBAND FREIER IMMOBILIEN- UND WOHNUNGSUNTERNEHMEN: BFW fordert Umlenken beim Stadtumbau – Innenstädte aufwerten. Pressemitteilung 3/2007, <http://www.bfw-bund.de/content/artikel/detail.php?id=1305>, Zugriff am 9.2.2007. – HAUS & GRUND: Private Eigentümer müssen als Partner im Stadtumbau akzeptiert werden. Pressemitteilung 17.1.2007, http://www.haus-und-grund.net/presse_457.html, Zugriff am 9.2.2007.

³⁸ Vgl. BFW: Düsseldorf Erklärung – Der Beitrag der freien Immobilienunternehmen zur Vitalisierung von Innenstädten. Berlin 2003.

³⁹ Dazu ausführliche Beiträge in: Hassenpflug, D. (Hrsg.), Die europäische Stadt – Mythos und Wirklichkeit. Münster 2002.

⁴⁰ BBR: Stadtumbau Ost, http://www.bbr.bund.de/cIn007/nn_22414/DE/ForschenBeraten/Stadtentwicklung/Staedtebauforderung/StadtumbauOst/StadtumbauOst.html, Zugriff am 14.03.2007.

⁴¹ LIEBMANN, H.; GLÖCKNER, B.; HAGEMEISTER, U.; HALLER, C.: 2. Statusbericht 5 Jahre Stadtumbau Ost – eine Zwischenbilanz. Evaluation des Stadtumbau Ost – Stand und erste Ergebnisse. BBR, BMVBS: Berlin 2007, S. 22. – Vgl. auch: KUDER, T.; TILLE, D.: Ergebnisse der Begleitforschung zum Programm Städtebaulicher Denkmalschutz – Stadtumbau in den Programmstädten Städtebaulicher Denkmalschutz. BMVBW, IRS: Berlin 2004.

⁴² Vgl. LANDESDENKMALAMT BERLIN; JONES LANG LASALLE; HALDER-HASS DENKMALPROJEKTE: Denkmalschutzstudie. Berlin 2002.

⁴³ NIJKAMP, P.; RIGANTI, P.: The Value of Urban Cultural Heritage: An Intelligent Environment Approach. Studies in Regional Science, Vol. 36, Iss. 2, 2006, pp. 451-69. – DOUGLAS, S. N.: Contingent Valuation and Cultural Resources: A Metaanalytic Review of the Literature, in: Journal of Cultural Economics, Vol. 27, 3/4. Dordrecht 2003, pp. 159-176.

Bedingungen und Möglichkeiten der Revitalisierung

Ein marktwirtschaftliches Phänomen, das zur Erhaltung und Inwertsetzung von historischer Bausubstanz führt, ist die Gentrifizierung. Dieser Begriff bezeichnet einen städtischen Aufwertungsprozeß, der physische und soziale Veränderungen des Stadtraums beinhaltet. Durch selektive Zuzüge von aufstiegsorientierten, kreativen Haushalten mit urbanem Lebensstil (z. B. Studenten, Künstler) entstehen in einer ersten Phase neue Strukturen. Dadurch werden diese Quartiere mit der Zeit für Bewohner mit höheren Einkommen interessant, was mit Investitionen in die Bausubstanz und in neue Geschäfte einhergeht.⁴⁴ Dort, wo diese sukzessive soziale Aufwertung infolge zu geringen Potentials einer Stadt im Hinblick auf kreative und einkommensstarke Schichten nicht stattfindet, wird eine nachhaltige Revitalisierung ausbleiben. Oft wird vernachlässigt, daß die kostspielige Erneuerung der historischen Bausubstanz aus öffentlichen Mitteln allein nicht ausreicht, sondern daß für eine nachhaltige Instandhaltung Interesse und Mitteleinsatz von privater Seite notwendig sind.⁴⁵ Die Existenz einer ausreichend wohlhabenden Bevölkerungsschicht für einen solchen Prozeß ist längst nicht an allen Standorten gegeben.⁴⁶ Eine Studie zur Zahlungsbereitschaft für denkmalgeschützte Wohnungen zeigt, daß dieses Nachfragepotential eher in Großstädten vorhanden und insbesondere in Ostdeutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.⁴⁷ Die Bedingungen für Gentrifikationsprozesse stehen oft im Gegensatz zu den Indi-

katoren und Eigenschaften schrumpfender Städte.⁴⁸ Die Aussichten für einen selbständigen und nachhaltigen Aufwertungsprozeß aller ostdeutschen Altbaubestände erscheinen vor diesem Hintergrund problematisch.

Marktpotential der Altbaubestände – verborgene Qualitäten?

Trotz der schwierigen Inwertsetzung bescheinigen Studien dem Altbaubestand in Ostdeutschland Zugangspotential. Vor allem Mieterhaushalte suchen und finden verbesserte Preis-Leistungsverhältnisse in den sanierten Altbauten. Zuzüge sind insbesondere aus dem Plattenbaubestand und den Wohnungen der 50er und 60er Jahre zu verzeichnen.⁴⁹ Empirische Untersuchungen zu stadträumlichen Sozialmilieus und zur Altersstruktur der Bewohner zeigen, daß die Nachfrage nach Wohnraum im Plattenbau mittel- bis langfristig weiter zurückgehen wird.⁵⁰ Dadurch werden die hochgeschossigen, wenig individuellen Neubauten der 1970er und 1980er Jahre weiterhin unter großen Vermietungsschwierigkeiten leiden, während bei Altbauten langfristig eine stabilere Nachfrage erwartet werden kann. Für die Plattenbauquartiere sind aufgrund der niedrigen Preise und der Anonymität auch zunehmend Segregationstendenzen zu verzeichnen, so daß diese Gebiete für Angehörige mittlerer Schichten zunehmend unattraktiv werden, während die kleinteilig strukturierten Altbaugebiete für diese Prozesse weniger anfällig sind. Ihr besonderes Potential liegt im vielfältigen Wohnungsangebot für alle Haushaltstypen.

Bei der Wahl des Wohnstandorts sind Qualitätsmerkmale wie Wohnlagequalität, Wohnumfeld, Bauzustand und Ausstattung relevant. In sanierten Wohnungen mit guter Bauqualität ist die Bleibewahrscheinlichkeit der Bewohner höher als in unsanierten Wohnungen. Wohnungen in hochverdichteter, geschlossener Blockbebauung sind weniger beliebt als freistehende Gebäude.⁵¹ Ein Nachteil der Altbaubestände im Vergleich zum Neubau aus der

⁴⁴ Vgl. DANGSCHAT, J.S.: Gentrification. Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Soziologische Stadtforschung. Opladen 1988, S. 272-292. – FRIEDRICH, J.: Gentrification, in: H. Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske + Budrich: Opladen 1998, S. 57-66.

⁴⁵ LICHTENBERGER, E.: Die Stadt – Von der Polis zur Metropolis. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt 2002, S. 71.

⁴⁶ FRIEDRICH, K.: Gentrifizierung. Theoretische Ansätze und Anwendung auf Städte in den neuen Ländern, in: Geographische Rundschau 52. Westermann: Braunschweig 2000, S. 34-39.

⁴⁷ Vgl. BOHNENKAMP, R.; ECKSTEIN, D., LUDWIG, W.: Alte Werte, in: Capital, <http://www.capital.de/finanzen/vorsorge/100005166.html>, Zugriff am 28.2.2007, sowie Focus online (2006): Denkmalschutz: Förderung wird ausgedehnt, http://www.focus.de/immobilien/bauen/renovieren/denkmal-schutz_nid_38025.html, Zugriff am 28.02.2007.

⁴⁸ WIEST, K.; HILL, A.: Segregation und Gentrification in der schrumpfenden Stadt?, in: Online-Magazin Schrumpfende Stadt, Ausgabe 1/2004, <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin/0401/12wiesthill.htm>, Zugriff am 12.03.2007.

⁴⁹ BANSE, J.; BLUM, A.; EFFENBERGER, K.-H.; MÖBIUS, M.: Nutzbarkeit des älteren Geschoßwohnungsbestandes. IÖR Schriften, Band 36. Dresden 2001, S. 67 ff.

⁵⁰ Zur Methodik dieser Analysen: HALLENBERG, B.; PODDIG, B.: Wissen wer wo wohnt – Das Beratungsangebot Wohnwissen, in: vhw Forum 2/2005.

⁵¹ Vgl. BANSE, J. et al., a. a. O., S. 93 ff.

Nachwendezeit ist ihre schlechte Energieeffizienz, die nur durch hohen Aufwand angepaßt werden kann.⁵² Weitere Vorteile von Neubauten und Eigenheimen im Umland der Städte sind einer Umfrage zufolge beispielsweise eine verbesserte Verkehrs- und Parksituation, die Luftgüte und Ruhe.⁵³ Es kann aber auch festgestellt werden, daß die für die Wohnstandortentscheidung ausschlaggebenden Kriterien nicht bautypspezifisch sind. Das heißt, daß die gefragten Qualitäten sowohl im Altbau als auch im Neubau realisiert werden könnten.⁵⁴ Damit sind die Altbaubestände zwar theoretisch eine Alternative bei der Wohnstandortwahl. Der Suburbanisierungstrend zeigt jedoch, daß attraktive Angebote im Altbaubestand zu selten sind. Daher werden der Ersatz und damit auch der Abriß von Altbaubeständen in einem bestimmten Maß unvermeidbar sein, wenn nicht durch marktgerechte Sanierung und Wohnumfeldverbesserung neue Nachfrager angelockt werden.

Städtebauliche Aspekte von Rückbau und Aufwertung

Neben der nachgefragten Wohnqualität ist auch die städtebauliche Sicht bei der Bewertung von Rückbau und Aufwertung von Altbaubeständen relevant. In baulich zusammenhängenden, gewachsenen Blockstrukturen wird Rückbau als problematisch angesehen, weil die dadurch entstehenden Baulücken das Stadtbild und die Wohnqualität beeinträchtigen können, wenn beispielsweise Verkehrslärm in bisher ruhige Innenbereiche eindringt.

Vorteile der Auflockerung und das Potential der besseren Durchgrünung werden oft in Zusammenhang mit dem Rückbau genannt. Während jedoch in modernen Zeilen- und Hochhaussiedlungen öffentliche Grünräume Teil des städtebaulichen Konzepts sind, wirken die meist einfach mit Rasen begrünt oder gar als Parkplatz genutzten neuen Freiflächen im Umfeld von Altbaustrukturen wenig attraktiv. Im Vergleich zu den angesprochenen modernen Siedlungstypen ist für eine attraktive Gestaltung der Rückbauflächen in der historischen

Innenstadt sehr viel mehr Aufwand und damit verstärkter Einsatz von Aufwertungsmitteln erforderlich, wenn eine bauliche Nachnutzung nicht möglich ist.

Fragestellung I – Wie bedeutend ist der Abriß von Altbaubeständen?

Die erste in diesem Beitrag verfolgte Fragestellung bezieht sich auf den Programmteil Rückbau. Es soll empirisch geklärt werden, wo und in welchem Umfang Altbauten abgerissen werden. Dazu wird das Rückbaugeschehen im Freistaat Sachsen in Bezug auf die Baualtersklassen untersucht. Die Analyse basiert auf der Fördermitteldatenbank der Sächsischen Aufbaubank (SAB). Dieser Datensatz enthält die Verteilung der Fördermittel für Rückbau, Aufwertung sowie weitere neue Programmelemente (Gebäudesicherung, Infrastrukturanpassung) auf die Stadtumbaugebiete. Neben den Fördersummen sind die Rückbaumaßnahmen genau quantifiziert und mit verschiedenen qualitativen Merkmalen versehen. Dadurch ist die Auswertung des Rückbaus auch nach Baualtersklassen möglich. Diese Datenbank wird laufend durch die Sächsische Aufbaubank fortgeschrieben. Die empirischen Untersuchungen umfassen die Rückbaufälle, die seit Beginn des Stadtumbaus 2002 bis zum 31.01.2007 registriert wurden. Von 108 Gemeinden in Sachsen, die Fördermittel für Aufwertung und Rückbau aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ bekommen, haben 100 Kommunen bereits Wohnungsabriss durchgeführt. Bis Ende Januar 2007 wurden insgesamt mehr als 54 000 Wohneinheiten zurückgebaut.

Betrachtet man die Baualtersklassen, ist zu konstatieren, daß knapp 12 000 Altbauwohnungen mit Baujahr vor 1949 abgerissen worden sind. Dies entspricht immerhin 21,6% des Rückbauvolumens. Dabei überwiegen die jüngeren Altbauten, während vor 1914 entstandene Gebäude nur 3,5% des Abrißvolumens im Freistaat ausmachen.⁵⁵ Der Großteil der Rückbauten entfällt mit 59,2% auf die Baualtersgruppe 1971 bis 1990, die für die Plattenbauten als repräsentativ gelten kann.

Der Rückbau von 12 000 Altbauwohnungen wird etwas relativiert, wenn er mit dem Gesamtwohnungsbestand im Altbau verglichen wird. Insgesamt stellen die Altbauten mit einem Anteil von 53,3% das größte Wohnungssegment in den Stadtumbaustädten dar. Daran wird deutlich, daß sich

⁵² DEILMANN, C.; GRUHLER, K.; BÖHM, R.: Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht. Oekom Verlag: München 2005, S. 86.

⁵³ SCHUBERT, U.: Was bewirkt die neue Wohnung? Umfrage in Neubaugebieten, in: Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 1/2007.

⁵⁴ KRINGS-HECKEMEIER, M.-T.; PORSCH, L.: Strategien und Instrumente für Altbauquartiere. empirica paper, Nr. 62, 2002, <http://www.empirica-institut.de/kufa/empi062mtk.pdf>, Zugriff am 5.3.2007.

⁵⁵ Im folgenden werden Wohnungen mit Baujahr vor 1949 zum Altbausegment gezählt.

Tabelle 1:

Rückbauaktivität und Gesamtbestand an Wohnungen in den sächsischen Stadtumbaustädten nach Baualterklassen

Baujahr	Rückbau		Wohnungsbestand	
	Anzahl Wohnungen	in %	Anzahl Wohnungen	in %
vor 1949	11 692	21,6	803 783	53,3
davon: vor 1914	1 894	3,5	-	-
1914-1948	9 798	18,1	-	-
1949-1970	4 674	8,6	252 606	16,7
davon: 1949-1962	1 513	2,8	-	-
1963-1970	3 161	5,8	-	-
1971-1990	32 051	59,2	402 038	26,5
nach 1990	26	0,05	53 625	3,5
unbekannt	5 699	10,5	-	-
Insgesamt	54 142	100,00	1 512 052	100,0

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Statistisches Landesamt Sachsen, Gebäude und Wohnungszählung 1995; Berechnungen des IWH.

der Rückbau insbesondere auf die Neubauten der 70er und 80er Jahre konzentriert und diese Wohnungen anteilig stark dezimiert (vgl. Tabelle 1).

Die feine räumliche Aufgliederung des Datensatzes ermöglicht die Untersuchung auf Stadtebene. So kann dargestellt werden, in welchen Städten der Rückbau von Altbauten besonders intensiv ist. Tabelle 2 zeigt, wie sich der Abriß von Altbauwohnungen auf die Städte verteilt. Während 22 Städte keinen Altbaubestand abreißen, findet in elf Städten der Rückbau ausschließlich im Altbausegment statt.

Tabelle 2:

Rückbau von Altbauten in den Städten

Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen	Anzahl Städte	Abrißzahlen	
		Altbau	Gesamt
0%	22	0	7 294
bis 20%	20	1 105	19 370
20% bis 40 %	17	6 338	22 083
40% bis 60%	12	539	1 037
60% bis 80%	9	1 194	1 641
80% bis 99%	9	1 263	1 464
100%	11	1 253	1 253
Insgesamt	100	11 692	54 142

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Berechnungen des IWH.

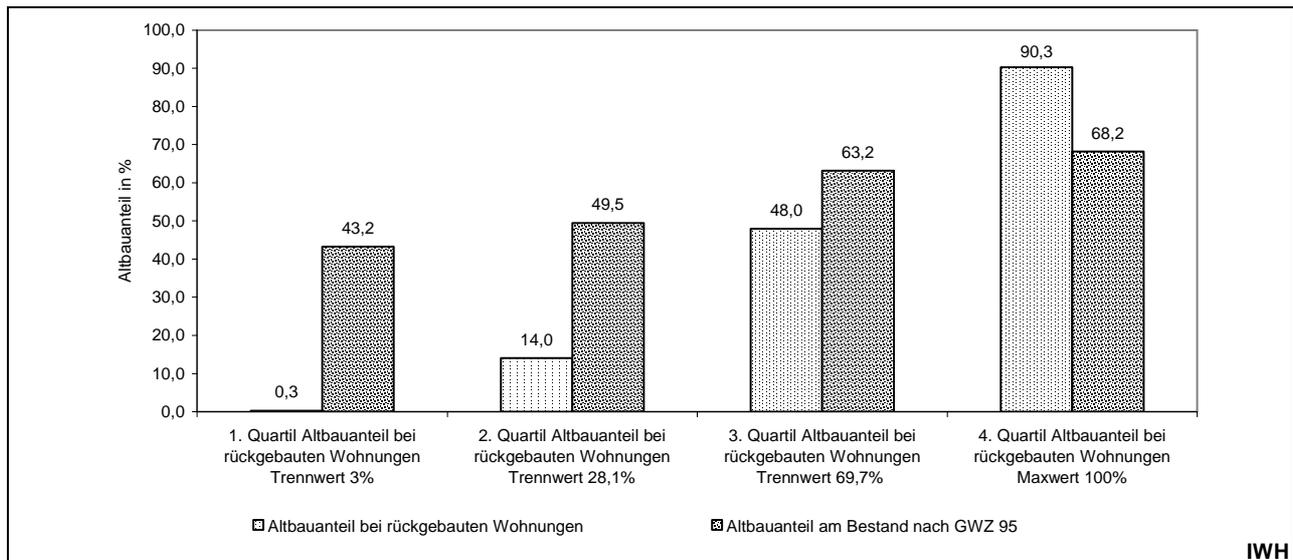
In der Abbildung sind die abgerissenen Altbauwohnungen mit dem tatsächlichen Altbauanteil in Relation dargestellt. Dazu werden die Städte nach den Quartilen des Altbauanteils bei rückgebauten

Wohnungen sortiert. Im vierten Quartil der Städte liegt der Anteil der Altbauten zwischen 69,7% und 100% des Rückbauvolumens. Durchschnittlich sind in diesen 25 Städten 90,3% der Rückbauten vor 1949 gebaut, während der Altbauanteil am Wohnungsbestand 68,2% beträgt.

In den Städten, in denen überdurchschnittlich viele Altbauten abgerissen werden, ist auch die Bebauungsstruktur überwiegend von Altbauten geprägt. Dieser Zusammenhang ist auf dem 1%-Niveau signifikant. Der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman beträgt $\rho = 0,63$. Deutlich erkennbar ist aber auch die Spreizung. Während das erste Quartil der Städte bei einem durchschnittlichen Altbauanteil von 43,2% so gut wie keine Altbauten abreißt, übersteigt beim vierten Quartil die Rückbauquote im Altbaubestand den Altbauanteil am Gesamtbestand. Das bedeutet im Gegenzug, daß eine große Mehrheit der Städte mit dem Stadtumbau den Anteil des Altbaubestands erhöht.

Im vierten Quartil mit dem hohen Altbauanteil wurden mit 3 798 Wohneinheiten deutlich weniger Wohnungen abgerissen als in den anderen Quartilen. Dies entspricht etwa 7% des gesamten Abrißvolumens (vgl. Tabelle 3). Die Rückbauquote, also der Quotient aus den insgesamt rückgebauten Wohneinheiten und dem Wohnungsbestand zu Beginn des Stadtumbaus (Stichtag 31.12.2001), liegt hier bei durchschnittlich 2% und damit unter der anderer Quartile. Zwischen der Rückbauquote und dem Altbauanteil der rückgebauten Wohnungen besteht ein signifikanter negativer Zusammenhang (Rangkorrelation nach Spearman $\rho = -0,38$). Der vergleichsweise niedrige Bevölkerungsverlust von -8,7% deutet an, daß in den Städten des vierten

Abbildung:
Altbauanteile an Wohnungsbestand und an den rückgebauten Wohnungen



Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Statistisches Landesamt Sachsen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Quartils andere Aufgaben anstehen als in den übrigen Städten, vor allem denen des ersten und zweiten Quartils, die den Abriss überwiegend bei neueren Baualtern und absolut gesehen in größerem Umfang vornehmen.

Die drei größten sächsischen Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz liegen im zweiten Quartil. Mehr als die Hälfte der rückgebauten Wohneinheiten dieser Gruppe ist auf Leipzig und Chemnitz zurückzuführen. Mit ihrem relativ hohen Altbauanteil in den gründerzeitlichen Erweiterungsgebieten stellen diese beiden Städte rund 79% der 5 892 rückgebauten Altbauwohnungen in dieser Gruppe.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, daß zwar bei einigen Städten weder für den Durchschnitt des Freistaats Sachsen noch für die Mehrheit der Städte

davon gesprochen werden kann, daß überwiegend Altbauten vom Rückbau betroffen sind. Die Untersuchung kann jedoch nicht beantworten, bei welchem Verhältnis von Rückbau und Bestand ein übermäßiger Rückbau vorliegt, so daß die Attraktivität und das kulturelle Erbe der Städte auf das Spiel gesetzt werden. Ob eine Gefährdung der Alt- und Innenstädte vorliegt, ist sicherlich nicht ohne die Betrachtung des Programmteils der Aufwertungsförderung zu entscheiden.

Fragstellung II – Wie stark profitieren Altbaubestände von der Aufwertungsförderung?

Die zweite Fragestellung dieses Beitrags betrifft das Verhältnis zwischen Aufwertungs- und Rückbauförderung. Die Aufwertungsförderung ermög-

Tabelle 3:
Strukturdaten in Abhängigkeit vom Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen

	1. Quartil (n = 25) Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen Trennwert 3%	2. Quartil (n = 25) Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen Trennwert 28,1%	3. Quartil (n = 25) Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen Trennwert 69,7%	4. Quartil (n = 25) Altbauanteil bei rückgebauten Wohnungen Maxwert 100%
Rückgebaute Wohneinheiten	15 831	29 066	5 447	3 798
davon mit Baujahr vor 1949	195	5 892	2 278	3 327
Rückbauquote am Wohnungsbestand	5,6%	4,5%	3,6%	2,0%
Bevölkerung insgesamt 2005	441 534	1 623 481	324 352	350 899
Bevölkerungsveränderung 1995 bis 2005	-16,0%	-11,8%	-10,1%	-8,7%
Rückbaumittel in Euro	88 650 938	179 022 332	35 581 010	24 475 837
Aufwertungsmittel in Euro	21 219 129	63 915 878	17 530 535	8 341 268

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Statistisches Landesamt Sachsen; Berechnungen des IWH.

licht Baumaßnahmen an Gebäuden und Verbesserungen des Wohnumfelds, um Mängel im Quartier zu beheben und die Wohnungsnachfrage zu beleben. Die positiven Effekte der Aufwertungsmaßnahmen liegen vor allem in der Attraktivitätssteigerung sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten Grundstücke und Gebäude. Aus stadtoökonomischer Sicht sollte mit Aufwertungsmaßnahmen vor allem in Quartieren investiert werden, die langfristig Potential als Wohnstandort haben. Da besonders für die Plattenbaugebiete eine absinkende Bevölkerung und langfristige Vermietungsschwierigkeiten erwartet werden, könnten Auf-

wertungsmaßnahmen eher in den Altbaubeständen sinnvoll sein, zumal hier die städtebaulichen Folgen unvermeidbarer Abrisse stärker kompensiert werden müssen. Ein geeigneter Indikator für den Stellenwert der Aufwertungsmaßnahmen ist der Quotient aus Aufwertungs- und Rückbaumitteln, im folgenden Aufwertungsintensität genannt.

Während die Rückbaudaten genaue Aussagen über die Baualtersklassen geben, ist dies für die Aufwertungsmittel nur schwer möglich. Das liegt daran, daß die Maßnahmen der Aufwertungskategorien oft weder direkt einzelnen Gebäuden zugeordnet werden können noch Auswirkungen auf den

Kasten:

Auswahl der Stadtumbaugebiete

Der Artikel will mit Fragestellung II die Verteilung der Aufwertungs- und Rückbaumittel auf den Altbaubestand untersuchen. Da eine Auswertung auf Stadtebene zu grob erscheint, wird die räumliche Ebene der Stadtumbaugebiete betrachtet. 187 Stadtumbaugebiete, für die Informationen zur Aufwertung und zum Rückbaugeschehen vorliegen, müssen in Gruppen, die Baualtersklassen repräsentieren, kategorisiert werden. Da die tatsächlichen Baubestände auf Stadtumbaugebietsebene nicht erfaßt sind, werden näherungsweise die Anteile der Baualtersklassen am Rückbau verwendet, wobei es in Einzelfällen zu Fehleinschätzungen kommen kann (z. B. Gründerzeitquartiere, in denen ausschließlich Ersatzbebauung der Nachkriegszeit abgerissen wird). Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, daß die Baualterstruktur der abgerissenen Wohnungen in etwa der des tatsächlichen Bestands entspricht.

Zur Kategorisierung wird eine Clusteranalyse nach dem Ward-Verfahren verwendet. Clustervariablen sind die Anteile der Baualtersklassen am Gesamtrückbau. Tabelle 4 zeigt, daß zwei Cluster gebildet werden, deren Ausprägungen bei den Clustervariablen die Interpretation eines Altbau- und eines etwas kleineren Plattenbau-Clusters ermöglichen.

Tabelle:

Ergebnisse der Clusteranalyse

Cluster		Clustervariablen: Anteile der Baualtersklassen am Gesamtrückbau					
		vor 1914	1914-1948	1949-1962	1963-1970	1971-1990	ab 1991
Cluster 1, n = 109 Gebiete Interpretation Altbau	ø	16,9%	57,9%	6,4%	0,2%	4,8%	0,0%
	SD	26,6%	33,5%	19,4%	1,8%	13,7%	0,0%
Cluster 2, n = 78 Gebiete Interpretation Plattenbau	ø	0,8%	4,9%	2,3%	4,2%	82,2%	~ 0,0%
	SD	2,4%	8,7%	6,4%	14,6%	24,5%	~ 0,0%
Insgesamt, n = 187	ø	10,2%	35,8%	4,7%	1,9%	37,1%	~ 0,0%
	SD	21,8%	37,0%	15,5%	9,7%	42,7%	~ 0,0%

ø = Mittelwert. SD = Standardabweichung.

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Berechnungen des IWH.

Für die Untersuchung der Aufwertungsintensität in den Stadtumbaugebieten ist es wichtig, daß der räumliche Zusammenhang zwischen Rückbau und Aufwertungsmitteln gegeben ist. Problematisch ist, daß einige Städte ausschließlich reine Aufwertungs- und reine Rückbaugebiete ausweisen. Zum Teil haben diese Städte auch das ganze Stadtgebiet für den Rückbau ausgewiesen. Da in diesem Fall zwar teilweise räumliche Überschneidungen des Rückbaugebiets mit den reinen Aufwertungsgebieten vorliegen, der räumliche Zusammenhang zwischen Rückbau und Aufwertungsmitteln aber nicht eindeutig gegeben ist, müssen insgesamt vierzehn Stadtumbaugebiete dieser Städte von der Untersuchung ausgenommen werden.

Die so ausgewählten 173 Stadtumbaugebiete liegen in Klein- und Mittelstädten, da die vier sächsischen Großstädte Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau aufgrund der räumlichen Zuordnungsprobleme nicht mit berücksichtigt werden konnten. Da ein Großteil der Stadtumbaumittel in die Großstädte fließt, repräsentieren die 173 Stadtumbaugebiete etwa 53% der bewilligten Rückbaumittel und etwa 59% der bewilligten Aufwertungsmittel im Freistaat Sachsen.

Tabelle 4:
Anteile der Baualtersklassen am Rückbau in den Clustern

Stadtumbaugebiete im	vor 1949			1971 bis 1990		
	Mittelwert	Median	Standard- abweichung	Mittelwert	Median	Standard- abweichung
	in %					
Altbau-Cluster, n = 104	75,0	88,1	30,1	4,5	0,0	13,32
Plattenbau-Cluster, n = 69	5,6	0,0	9,84	82,9	98,1	24,22

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Berechnungen des IWH.

Tabelle 5:
Aufwertungsintensität in den Clustern

	Bewilligung			Auszahlung		
	Mittelwert	Median	Standard- abweichung	Mittelwert	Median	Standard- abweichung
Altbau-Cluster, n = 104	1,08	0,0	3,06	0,92	0,0	2,44
Plattenbau-Cluster, n = 69	0,52	0,13	1,09	0,38	0,05	0,70

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Berechnungen des IWH.

gesamten Baubestand einer Stadt haben. Die Effekte der Aufwertungsmaßnahmen beziehen sich vielmehr auf die unmittelbar umliegenden Bestände. Die zweite Fragestellung muß daher auf einer Aggregationsebene untersucht werden, die eine räumliche Beziehung von Aufwertung und Altbaubestand ermöglicht. Dies gelingt mit der Betrachtung der Stadtumbaugebiete, welche die Städte im Rahmen der Erstellung von Stadtentwicklungskonzepten für den Stadtbau ausgewiesen haben. In der Regel wurden die städtischen Teilräume nach baustrukturellen Merkmalen und Entwicklungsperspektiven geordnet, um Aufwertung und Rückbau zielgerichtet zu steuern.⁵⁶

Da ein Zusammenhang zwischen Bestand und Rückbau in den Baualtersklassen gezeigt wurde, werden die Stadtumbaugebiete in zwei baustrukturell verschiedene Cluster eingeteilt. Die Clusteranalyse und eine Bereinigung um Stadtumbaugebiete, denen sich Aufwertungsmaßnahmen nicht hinreichend genau zuordnen lassen, werden im Kasten näher erläutert.

Als auswertbares Sample ergeben sich 173 Stadtumbaugebiete. In 69 Stadtumbaugebieten dominiert der Rückbau von Plattenbauten, während die anderen 104 Gebiete baustrukturell durch Altbauten geprägt sind (siehe Tabelle 4).

⁵⁶ Nicht alle Städte haben von der Möglichkeit, mehrere Stadtumbaugebiete auszuweisen, Gebrauch gemacht. Teilweise bestehen auch unterschiedlich zugeschnittene Fördergebiete für Aufwertung und Rückbau. Siehe dazu die Anmerkungen im Kasten.

Der Indikator Aufwertungsintensität gibt an, wieviel Euro Aufwertungsmittel einem Euro Rückbaumittel in dem Stadtumbaugebiet gegenüberstehen. Dieser Wert läßt sich mit dem Datensatz sowohl für die insgesamt bewilligten als auch für die bereits ausgezahlten Mittel angeben.

Tabelle 5 zeigt, daß die durchschnittliche Aufwertungsintensität von 1,08 im Altbau-Cluster stärker ist als im Plattenbau-Cluster mit einem Wert von 0,52. Dies gilt für Auszahlungen und Bewilligungen in gleicher Weise. An den geringeren Werten für die Auszahlung ist erkennbar, daß der Rückbau durchschnittlich etwas schneller fortschreitet als die Aufwertung. Die Unterschiede der Aufwertungsintensität in den beiden Clustern lassen sich statistisch jedoch nicht bestätigen. Sowohl der Man-Whitney-U-Test als auch der Kolmogorov-Smirnov-Z-Test können die Nullhypothese, daß die Verteilung der Aufwertungsintensität für beide Cluster gleich ist, nicht zurückweisen.

Der höhere Wert im Altbau-Cluster wird vor allem durch 23 Stadtumbaugebiete mit einer hohen Aufwertungsintensität über 1 getragen. Mehr als die Hälfte der Stadtumbaugebiete im Altbau-Cluster erhält keine Mittel für Aufwertungsmaßnahmen. Tabelle 6 zeigt auch, daß der Anteil von Gebieten ohne Aufwertungsmaßnahmen im Altbau-Cluster deutlich höher als im Plattenbau-Cluster ist.

Das wirkt sich aus auf die Verteilung der absoluten Fördervolumina, die als Mittelwerte in Tabelle 7 dargestellt sind.

Tabelle 6:
Stadtumbaugebiete nach Aufwertungsintensität

Aufwertungsintensität:	= 0		0 bis 1		>1	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Altbau-Cluster, n = 104	54	51,9	27	26,0	23	22,1
Plattenbau-Cluster, n = 69	22	31,9	38	55,1	9	13,0

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Berechnungen des IWH.

Tabelle 7:
Durchschnittlich bewilligte Fördermittel je Stadtumbaugebiet
- in 1 000 Euro -

		Aufwertung*	Rückbau**	Gesamtfördervolumen für Aufwertung und Rückbau**
Altbau-Cluster, n = 104	Mittelwert	255,6	459,1	714,7
	Median	0,0	302,2	459,6
Plattenbau-Cluster, n = 69	Mittelwert	572,1	1835,8	2407,9
	Median	160,0	1201,6	1508,2
Insgesamt, n = 173	Mittelwert	381,8	1008,2	1390,0
	Median	53,3	479,2	714,5

Quellen: Fördermitteldatenbank der SAB; Unterschiede in der Verteilung beider Stichproben signifikant nach Kolmogorov-Smirnov-Z-Test: *5%-Niveau, **1%-Niveau; Berechnungen des IWH.

In Bezug auf Fragestellung II kann im Licht der vorgestellten empirischen Ergebnisse festgehalten werden, daß dem Umfeld rückgebaute Altbaubestände insgesamt zwar relativ mehr, absolut jedoch deutlich weniger Aufwertungsmittel zugute kommen. Es ist weiterhin zu bemerken, daß die Aufwertungsmittel nicht gleichmäßig über die Gebiete gestreut, sondern auf eine kleine Anzahl von Stadtumbaugebieten konzentriert werden. Einige Gebiete erhalten besonders viel Aufwertungsmittel, während in vielen Gebieten ausschließlich Rückbaumaßnahmen stattfinden. Diese Konzentration der Aufwertungsmittel gilt für Stadtumbaugebiete im Altbau-Cluster stärker als für Gebiete im Plattenbau-Cluster.

Die Interpretationsmöglichkeiten dieses Befunds bleiben dahingehend eingeschränkt, daß die tatsächliche räumliche Ausdehnung und Bevölkerungszahl sowie weitere soziostrukturelle Merkmale der Stadtumbaugebiete nicht berücksichtigt werden konnten.

Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Die eingangs erläuterte Forderung, daß der Rückbau in altbaugeprägten Stadtumbaugebieten durch besonders intensive Aufwertung ergänzt werden sollte, wurde bei der Mehrzahl der untersuchten Gebiete nicht umgesetzt. Stattdessen erhalten auch viele

Plattenbauquartiere Aufwertungsmittel, wenngleich der durchschnittliche Aufwertungsanteil dort geringer ist. Ob diese aufgewerteten Gebiete im Plattenbau-Cluster langfristig zukunftsfähige Quartiere sind bzw. sich entsprechend entwickeln werden, kann in diesem Beitrag nicht abschließend geklärt werden. Möglicherweise sollen auch die Lasten überproportionaler Abrisse im Plattenbaubestand bei den betreffenden Wohnungsunternehmen mit Aufwertungsmaßnahmen abgemildert werden.

Bei der Interpretation der geringen Ausstattung vieler Altbauquartiere mit Aufwertungsmitteln muß auch berücksichtigt werden, daß es im Rahmen der Städtebauförderung neben dem Stadtumbau die Bund-Länder-Programme „Städtebauliche Erneuerung“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ gibt, die sich zum Teil auf altbaugeprägte Gebiete konzentrieren und zusammengerechnet höher dotiert sind als das Stadtumbauprogramm. Ein großer Teil der Kommunen im Stadtumbau wird auch über diese Programme gefördert. Daher können räumliche Überschneidungen insbesondere mit Stadtumbaugebieten des Altbau-Clusters vorliegen. Die Förderung über diese Programme könnte also zur geringeren Fördersumme im Altbau-Cluster beigetragen haben und erklären, warum viele Stadtumbaugebiete keine Aufwertungsförderung erhalten. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen aber, daß das Stadtumbau-

programm in Sachsen insgesamt wenig zum Teilziel der Aufwertung von Altbauquartieren beiträgt.

Zur Fragestellung, ob übermäßige Abrisse von Altbaubeständen den Erfolg des Stadtumbaus gefährden, zeigen die empirischen Ergebnisse ein gemischtes Bild und machen eine exakte Beurteilung der Lage schwierig. Altbauwohnungen sind nach den Baubeständen der 1970er und 1980er Jahre die zweitgrößte Gruppe beim Rückbau. Der Abstand zur führenden Gruppe, die vorwiegend aus Plattenbauwohnungen besteht, ist jedoch beträchtlich. Unbestritten ist, daß einzelne Gebäude einen mehr oder weniger hohen kulturellen Wert für die Stadt haben. Die hier vorgenommene Gesamtbetrachtung des bisherigen Stadtumbaus in Sachsen liefert für die Mehrheit der Städte aber keine Hinweise darauf, daß der Altbaubestand in kritischen Größenordnungen reduziert worden ist, da Altbauten insgesamt den größten Teil des Wohnungsangebots ausmachen. Der Abriß von Altbauten hängt zudem stark mit der Größe des Altbaubestands in der Stadt zusammen. Durch die Rückbauaktivität ergibt sich so eine Verschiebung hin zu einer ausgeglicheneren Mischung der Segmente auf den städtischen Wohnungsmärkten. Da auch für Altbauten das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens unterstellt werden kann, sollte der Abriß von Altbauten durchaus zu verantworten sein, wenn der Anteil dieser Baualtersklasse am Gesamtbestand noch vergleichsweise hoch ist. Eine Bewertung dieses Prozesses ist jedoch schwierig, da es keinen Richtwert für den optimalen Altbauanteil gibt. Grundsätzlich ist vor dem Rückbau eine sorgfältige Einzelprüfung erforderlich, da die städtebauliche oder baukulturelle Bedeutung in der Statistik nicht erfaßt werden kann.

Weiterführende Fragestellungen

Da durch die bisherige Stadtumbaupraxis das Angebot der Plattenbauwohnungen und der Leerstand in diesem Segment reduziert worden sind, könnte der Rückbau von Altbaubeständen in Zukunft stärker an Gewicht gewinnen. Zwar sieht das Instrumentarium des Stadtumbaus auch die temporäre technische Gebäudesicherung vor,⁵⁷ aber auch dadurch werden viele Gebäude nicht gerettet werden, wenn aufwendige Sanierungen nicht lohnenswert sind. Wesentlich wird sein, die notwendigen Rückbaumaßnahmen im Altbaubestand konsequent in

⁵⁷ Vgl. JACOBS, T.; TÖPPER, J.: Entwicklung technischer und wirtschaftlicher Konzepte zur Konservierung von leerstehenden Altbauten – Kurzfassung. Hamburg 2005.

Nachnutzungs- und Aufwertungsstrategien einzu binden. Inwieweit eine engere instrumentelle Verzahnung der parallelen Förderprogramme dazu beitragen könnte, ist zu untersuchen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Programms „Stadtumbau Ost“ mit der „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2007“ soll künftig die Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere stärker in den Vordergrund treten.⁵⁸ Allein mehr Geld des Bundes für diesen Bereich löst allerdings nicht die Probleme, die viele Kommunen mit der Finanzierung ihres Eigenanteils haben.⁵⁹ Daher wurde in der aktuellen Verwaltungsvereinbarung eine Regelung eingeführt, die es in Ausnahmefällen gestattet, kommunale Anteile durch den Einsatz privater Mittel zu ersetzen. Dies setzt voraus, daß sich die Wohnungsanbieter an Aufwertungsmaßnahmen in ihrem Umfeld auch beteiligen wollen und gegebenenfalls eigene Aufwertungsstrategien entwickeln.

Eine neuartige Möglichkeit der Erhaltung und Wiedernutzung des älteren Gebäudebestands ist das Konzept des sogenannten alternativen Investments.⁶⁰ Ein Beispiel dafür ist das Modell der Wächterhäuser in Leipzig. Dabei werden wirtschaftlich nicht verwertbare, aber erhaltenswerte Gebäude im Rahmen entsprechend gestalteter Verträge zu Betriebskosten an Bürgerinitiativen, Vereine und ähnliche nichtkommerzielle Nutzer vergeben. Durch Ausstiegsklauseln ist es für die Eigentümer möglich, bei anziehender Konjunktur gegebenenfalls eine klassische Modernisierung vorzunehmen und wieder in eine gewinnorientierte Nutzung zu wechseln.⁶¹ Im Gegensatz zur förderfähigen Gebäudesicherung durch Zumauern können diese Konzepte, möglicherweise als erste Stufe einer Gentrifizierung, zur Belebung und Attraktivität der Quartiere beitragen.

Dominik Weiß
(*Dominik.Weiß@iwh-halle.de*)

⁵⁸ Vgl. DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND: Städtebauförderung 2007 auf den Weg gebracht, http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml, Zugriff am 16.05.2007.

⁵⁹ LIEBMANN, H. et al., a. a. O., S. 105.

⁶⁰ SCHMIDT, B.: Alternatives Investment in schrumpfenden Städten, in: P. Oswalt (Hrsg.), *Schrumpfende Städte*, Band 2: Handlungskonzepte. Hatje Cantz Verlag: Ostfildern 2005.

⁶¹ TRÖGER, T.; HECK, A.: Wächterhäuser in Leipzig, in: *Städte im Umbruch 4/2007*, S. 62-65.

Bankenregulierung: Mindesteigenkapitalvorschriften von Basel II verstärken Übertragung von Währungs- auf Bankenrisiken

Die Erfahrung von Währungskrisen in Schwellenländern zeigt, daß auf Währungskrisen oft Bankenrisiken folgen. Gründe dafür sind neben staatlichen Interventionen im Bankensektor etwa die Einflußnahme auf Kreditentscheidungen und die unzureichende Sicherung der Kreditrisiken. So können Kredite im großen Stil ausfallen, wenn Unternehmen diese Kredite aufgrund der durch die Währungskrise wertmäßig gestiegenen Auslandsverbindlichkeit nicht mehr bedienen können. An diesem Punkt setzt ein Vorschlag zur Regulierung der Eigenkapitalanforderungen von Banken an. Der unter dem Stichwort Basel II diskutierte Vorschlag des Basel Committee on Banking Supervision hat eine Ausrichtung der Eigenkapitalanforderungen an den Kreditausfallrisiken zum Ziel. Da für höhere Risiken mehr Eigenkapital vorgehalten werden muß, sinkt das Risiko für Bankenrisiken. Soweit die Idee.

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob die neue Regulierung zu höheren Eigenkapitalanforderungen im Vorfeld einer der schwersten Währungs- und Bankenrisiken in der jüngeren Geschichte, der Asienkrise in Südkorea 1997, geführt hätte. Dazu werden die hypothetischen Eigenkapitalanforderungen unter Basel II denen der bisherigen Regulierung (Basel I) gegenübergestellt.⁶² Das Beispiel Südkoreas bietet sich besonders an, da das Land unter Basel I von seinem Status als OECD-Mitgliedsland profitiert, denn bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen werden Kredite an OECD-Mitglieder mit null gewichtet. Südkorea weist damit unter Basel I vergleichsweise geringe Eigenkapitalanforderungen auf. Kann also gezeigt werden, daß in Südkorea die Eigenkapitalanforderungen unter Basel II niedriger sind als unter Basel I, so muß dies erst recht für Schwellenländer gelten, die nicht OECD-Mitglied sind und damit unter Basel I ein noch höheres Eigenkapital vorhalten mußten. Damit können die Ergebnisse auf andere Schwellenländer, beispielsweise in Osteuropa oder Lateinamerika, übertragen werden. Die Analyse von Risiken für Bankenrisiken in Schwellenländern ist auch für entwickelte Volkswirtschaften von Interesse, da wie im Fall der Krise in Südkorea nicht nur Verluste ausländischer Investoren zu beklagen

sind, sondern auch, weil durch die Wirtschaftskrisen in Schwellenländern Export- und Importmärkte erheblich gestört werden. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen entwickelten Ländern und Schwellenländern begründet dabei eine Abhängigkeit von diesen Märkten.

*Das Beispiel: Die Südkoreanische Währungs- und Bankenkrise 1997*⁶³

Im Vorfeld der Krise wurden die makroökonomischen Bedingungen in Südkorea sehr positiv bewertet.⁶⁴ So waren es zunächst externe Faktoren, die auf eine krisenhafte Entwicklung und eine Gefährdung für den festen Wechselkurs zum Dollar hindeuteten. Dazu zählten die gestiegenen Ölpreise und die Abwertung des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar. Letzteres führte zu einer Verschlechterung der Wettbewerbssituation der koreanischen Wirtschaft gegenüber der japanischen Konkurrenz. Das drückte sich in sinkenden Preisen für koreanische Produkte aus und führte zum Zusammenbruch einiger großer Unternehmenszusammenschlüsse, den sogenannten Chaebols. Dies führte schon vor der Währungskrise zu einer Bedrohung für den Bankensektor, der nun mit einer hohen Zahl notleidender Kredite belastet war.⁶⁵ Die Deregulierung des Bankensektors offenbarte diese Schwächen zunehmend. Die Währungskrise in Thailand, die vor der Krise in Südkorea ausbrach, hatte einen Vertrauensverlust internationaler Anleger in die gesamte Region zur Folge.

Die Probleme verschärften sich mit der Abwertung verschiedener Ratings für die Kreditwürdigkeit koreanischer Banken im Juli 1997.⁶⁶ Ausländische Investoren, die die koreanischen Banken mit kurzfristiger Liquidität versorgten, begannen, ihre Kre-

⁶² Siehe auch KNEDLIK, T; STRÖBEL, J.: The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II. IWH-Diskussionspapiere 21/2006.

⁶³ Für einen ausführlicheren Überblick über die Währungskrise in Südkorea siehe INDEPENDENT EVALUATION OFFICE OF THE IMF: The IMF and Recent Capital Account Crises: Indonesia, Korea, Brazil, 2003, <http://www.internationalmonetaryfund.com/external/np/ieo/2003/cac/pdf/main.pdf>, Zugriff am 24.07.2007.

⁶⁴ Vgl. RADELET, S.; SACHS, J.: The Onset of the East Asian Financial Crisis. NBER Working Paper, No. 6680, 1998.

⁶⁵ BANK OF KOREA: Financial Crisis in Korea – Why It Happened and How It Should Be Overcome. SEACEN Center Research Paper, 1998.

⁶⁶ CHOPRA, A. et al.: From Crisis to Recovery in Korea: Strategy, Achievements, and Lessons. IMF Working Paper, 01/154, 2001.

dite nicht zu verlängern. Der Kapitalabfluß führte zu einem Abwertungsdruck auf die Währung, den Won. Diesem Druck konnte nach massiven Interventionen der Notenbank ab Oktober 1997 nicht mehr standgehalten werden. Es folgte die durch die starke Abwertung des Won (um 51,2% seit Anfang August bis zum Tiefpunkt im Dezember) manifestierte Währungskrise. Die Abwertung führte dazu, daß die auf ausländische Währungen lautenden Verbindlichkeiten koreanischer Banken ausgedrückt in heimischer Währung stark anstiegen. Das vorgehaltene Eigenkapital reichte nicht aus, um die Verbindlichkeiten zu bedienen. Die sich daran anschließende Zahlungsunfähigkeit von Banken führte zu einer Bankenkrise. Erst die umfassenden Hilfeleistungen des Internationalen Währungsfonds, die Kreditzusagen einzelner Länder und ein politischer Wechsel im Land konnten das Vertrauen der Anleger Ende Dezember 1997 wieder herstellen.

*Der Basel II-Akkord*⁶⁷

Nach der Asienkrise in den Jahren 1997/98, zu der auch die Krise in Südkorea zählte, wurden verschiedene Vorschläge zur Vermeidung von Währungs- und Bankenkrisen diskutiert.⁶⁸ Zur Vermeidung von Bankenkrisen wurde vor allem die Regulierung der Eigenkapitalvorhaltung von Banken diskutiert. Dieser Debatte entstammt der Vorschlag Basel II. Jene Regulierung erlaubt der Bankenaufsicht eine stärkere Kontrolle über die Bankbilanzen und damit über das Kreditvergabeverhalten der Banken. Im Fall nicht regulierter Eigenkapitalhaltung haben die Banken einen Anreiz, in riskantere Projekte zu investieren, da sie im Krisenfall mit Hilfe der Lender of Last Resort-Funktion der Notenbank rechnen können.⁶⁹

Der Basel II-Vorschlag wurde im Juni 1999 vorgelegt und wird seitdem kontrovers diskutiert. Er soll den Basel I-Akkord aus dem Jahr 1988 ersetzen. Der neue Akkord ist vor allem durch eine höhere Komplexität gegenüber der Eigenkapitalregulierung in Basel I gekennzeichnet. Die Hauptveränderung liegt in der Berücksichtigung des Kreditrisikos. Wäh-

rend Basel I z. B. hinsichtlich der Risikogewichtung von souveränen Schuldern nur zwischen OECD-Mitgliedern und Nicht-OECD-Mitgliedern unterschied, versucht Basel II viel differenzierter zwischen Bankschuldnern mit unterschiedlichen Rückzahlungswahrscheinlichkeiten zu trennen. Der Basel II-Akkord basiert auf einem Drei-Säulen-Modell, wobei die zweite und dritte Säule der Bankenaufsicht und den Offenlegungsvorschriften gewidmet sind. Die erste Säule, auf die hier näher eingegangen wird, regelt die Mindesteigenkapitalanforderungen an Banken. Dabei wird die achtprozentige gewichtete Mindesteigenkapitalquote von Basel I fortgeführt; es ändert sich aber die Gewichtung der Aktiva.

Basel II erlaubt den Banken, aus drei Formen der Risikobewertung auszuwählen. Der erste Ansatz ist der sogenannte standardisierte Ansatz, die beiden anderen Ansätze basieren auf internen Ratings. Dieser Beitrag fokussiert auf den standardisierten Ansatz. Er wird hier ausgewählt, da auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich davon ausgeht, daß der standardisierte Ansatz, zumindest zu Beginn der Regulierung, von den meisten Banken verwendet werden wird.⁷⁰ Dieser erlaubt die Risikobewertung anhand externer Ratings der Bankschuldner. Die einfache Gleichung zur Berechnung des Eigenkapitals für jede einzelne Forderung lautet:

$$\text{Mindesteigenkapitalanforderung} = \text{Risikogewicht} * \text{Betrag der Forderung} * 0,08 \quad (1)$$

Das Risikogewicht ist von Schuldertypen abhängig, die in Tabelle 1 zusammengefaßt werden.

Für souveräne Schuldner ist nun nicht mehr das Kriterium der OECD-Mitgliedschaft entscheidend, sondern die Bewertung durch Rating-Agenturen. Für die Bewertung von Banken als Schuldner kann zwischen zwei Optionen gewählt werden. Die erste Option ist, die Bank um eine Rating-Stufe niedriger zu bewerten als den Souverän des Bankenstandorts. Die zweite Option bewertet das Risiko anhand externer Ratings für die Banken. Bei dieser Option wird noch zwischen langfristigen und kurzfristigen (Laufzeit unter drei Monaten) Forderungen unterschieden. Sind die Bankschuldner Unternehmen, so wird das Risiko ebenfalls aufgrund externer Ratings erfaßt. Unter der Basel I-Regulierung waren alle Kredite an Unternehmen mit 100% gewichtet.

Bei allen Gruppen besteht der Anreiz, auf potentiell schlechte Ratings gänzlich zu verzichten,

⁶⁷ Vgl. BASEL COMMITTEE : International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards. Bank for International Settlements: Basel 2004.

⁶⁸ Das IWH hat über Möglichkeiten zur Vermeidung von Währungskrisen berichtet. KNEDLIK, T.; STRÖBEL, J.: Führt neues IWF-Instrument zur Prävention von Währungskrisen?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2007, S. 269-274.

⁶⁹ SANTOS, J.: Bank Capital Regulation in Contemporary Banking Theory: A Review of the Literature. Financial Markets, Institutions & Instruments, 10 (2), 2001, pp. 41-84.

⁷⁰ BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS: Basel Committee Reaches Agreement on New Capital Accord Issues. Press Release, July 10, 2002.

Tabelle 1:
Basel II Risikogewichtung des standardisierten Ansatzes

Kreditbewertung	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis B-	unter B-	Kein Rating
Souverän	0%	20%	50%	100%	150%	100%
Banken – Option 1	20%	50%	100%	100%	150%	100%
Banken Option 2 – langfristig	20%	50%	50%	100%	150%	50%
Banken Option 2 – kurzfristig	20%	20%	20%	50%	150%	20%

Kreditbewertung	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BB-	unter BB-	Kein Rating
Unternehmen	20%	50%	100%	150%	100%

Quelle: Basel Committee (2004).

da ‚Kein Rating‘ zu weniger Mindesteigenkapital führt als ein sehr schlechtes Rating. Dennoch wurde aus Gründen der Einfachheit an dem Ansatz festgehalten. Insbesondere sollte vermieden werden, daß kleine und mittlere Unternehmen, für die die Kosten eines externen Ratings zu hoch sind, noch schlechter gestellt werden.

Hätte Basel II die Bankenkrise in Südkorea verhindern können?

Zunächst könnte vermutet werden, daß die Basel II-Regulierung die Krisenanfälligkeit des koreanischen Bankensystems verringert hätte. Dies kann vor allem damit begründet werden, daß Forderungen gegenüber dem koreanischen Staat unter Basel I mit 0% gewichtet wurden, da Südkorea OECD-Mitglied ist. Das resultierende Mindesteigenkapital aus diesen Forderungen hätte als Puffer bei der Abwertung des Won zur Verfügung stehen können. Es zeigt sich jedoch, daß diese Überlegungen zu kurz greifen. Deshalb werden hier nicht nur die potentiell veränderten Eigenkapitalanforderungen aus Forderungen gegenüber dem Souverän, sondern gegenüber allen Bankschuldnern analysiert.

Frühere Studien, die nicht an einzelnen Ländern ansetzen, kamen zu dem Ergebnis, daß die Eigenkapitalanforderungen unter Basel II niedriger seien als jene unter Basel I.⁷¹ Die vorliegende Arbeit orientiert sich an dem Vorgehen von Monfort und Mulder (2000). Die genannte Studie fußt jedoch auf der Annahme, daß alle Kreditnehmer gleich dem Souverän bewertet werden. Berücksichtigt man aber, daß Kreditrisiken von Banken und Unternehmen in der Regel höher als die von souveränen Staaten eingeschätzt werden, so steigen auch die Eigenkapitalanforderungen. Dies wird hier zusätzlich berücksich-

tigt. Die Frage im Fall Südkoreas ist, ob die höheren Eigenkapitalanforderungen aufgrund der schlechteren Risikobewertung des Souveräns durch die sinkenden Eigenkapitalanforderungen für Kredite an gut geratete Banken und Unternehmen (über-)kompensiert worden wären und damit zu insgesamt sinkenden Eigenkapitalanforderungen geführt hätten. Dies wird im folgenden hypothetisch berechnet.

Dazu werden die Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zum Adressatenkreis von Bankkrediten im koreanischen Bankensektor verwendet, um die Zusammensetzung des Bankenportfolios abzubilden. Die Daten werden in Tabelle 2 wiedergegeben.

Um die Methode der hypothetischen Berechnung durchführen zu können, wird angenommen, daß die Kredite an Banken, Unternehmen und Haushalte einheitlich eine Stufe niedriger als die an den Souverän geratet werden. Eine Annahme bezüglich der Ratings ist notwendig, da die sonst erforderlichen Informationen zum Rating einzelner Kredite im Bankenportfolio nicht verfügbar sind. Die Annahme wird als realistischer als die Monforts und Mulders (2000) erachtet, die eine Gleichbewertung angenommen haben. Eine weitere Annahme betrifft die Gewichtung des Risikos von Krediten an Haushalte. Da eine Feingliederung in Konsumentenkredite, besicherte Kredite und überfällige Kredite aufgrund der Datenlage nicht möglich ist, werden Haushalte wie Unternehmen behandelt. Als zusätzliche Erweiterung des Ansatzes von Monfort und Mulder wird hier nicht auf Jahresbasis gerechnet, sondern die Zeitintervalle werden nach Änderungen im Rating der Agentur Standard & Poor's bestimmt. Zudem wird implizit angenommen, daß die Einführung von Basel II das Kreditportfolio der Banken nicht verändert hätte. Zur hypothetischen Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderungen unter Basel II werden die Anteile am Kreditvolumen mit dem Kreditvolumen multipliziert, um die Volumina für jede Gruppe zu ermitteln. Diese

⁷¹ Z. B. MONFORT, B.; MULDER, C.: Using Credit Ratings for Capital Requirements on Lending to Emerging Market Economies: Possible Impact of a New Basel Accord. IMF Working Paper, 00/69, 2000.

Tabelle 2:
Anteile der Kreditnehmer an Bankenkrediten in Prozent

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Unternehmen	63,8	63,6	61,9	56,5	48,9	45,5	45,6	43,5
Haushalte	20,0	18,3	34,3	39,0	49,1	52,9	53,0	55,0
Souverän	16,3	18,1	3,8	4,6	2,0	1,5	1,3	1,4

Quelle: Kim, S.-M.; Kim, J.-Y.; Ryoo, H.-T.: Restructuring and Reforms in the Korean Banking Industry, in: Bank for International Settlements: The Banking System in Emerging Economies: How Much Progress Has Been Made? BIS Papers, No 28, 2006, pp. 259-268.

Tabelle 3:
Mindesteigenkapitalanforderungen
- Billionen Won -

	01.01.1997- 24.10.1997	24.10.1997- 25.11.1997	25.11.1997- 11.12.1997	11.12.1997- 22.12.1997	22.12.1997- 18.02.1998	18.02.1998- 25.01.1999
Rating Südkorea	AA-	A+	A-	BBB-	B+	BB+
Anforderung Basel I	41,6	41,6	41,6	41,6	37,5	37,3
Anforderung Basel II	8,3	22,4	22,4	24,8	64,4	41,1
Differenz Basel II-Basel I	-33,3	-19,2	-19,2	-16,8	26,9	3,8

	25.01.1999- 11.11.1999	11.11.1999- 13.11.2001	13.11.2001- 24.07.2002	24.07.2002- 31.12.2002	2003	2004
Rating Südkorea	BBB-	BBB	BBB+	A-	A-	A-
Anforderung Basel I	42,9	45,9	56,3	58,3	64,4	67,0
Anforderung Basel II	43,7	46,7	56,8	29,3	32,4	33,7
Differenz Basel II-Basel I	0,8	0,8	0,5	-29,0	-32,0	-33,3

Quellen: Kim et al. (2006); Berechnungen des IWH.

werden dann mit den in Tabelle 1 wiedergegebenen Prozentsätzen gewichtet, aufsummiert und anschließend mit dem Satz von 8% multipliziert (vgl. Formel (1)). Die Ergebnisse der hypothetischen Berechnung sind in Tabelle 3 zusammengefaßt.

Die Tabelle zeigt, daß die Eigenkapitalanforderungen unter Basel II im Vorfeld der Krise wesentlich niedriger gewesen wären als unter Basel I. Dies liegt vor allem in der günstigeren Bewertung des Risikos im Unternehmenssektor begründet. Zudem ist anzumerken, daß die Eigenkapitalanforderungen unter Basel II mit dem Eintreten der Krise stark angestiegen wären, was den Kollaps des Bankensystems beschleunigt hätte. Nach der Krise dreht sich das Verhältnis wieder und die Eigenkapitalanforderungen von Basel II liegen ab Mitte 2002 wieder unter denen von Basel I.

Basel II hätte die Krise nicht verhindert, sondern beschleunigt

Aus diesen Gründen muß geschlußfolgert werden, daß die Einführung des Basel II-Akkords die Übertragung der Währungs- zur Bankenkrise nicht verhindert hätte. Es ist im Gegenteil eher anzunehmen, daß die Krise verschärft worden wäre. Berücksichtigt man die günstige Stellung Südkoreas aufgrund

der OECD-Mitgliedschaft, so bedeutet dies im Sinne einer Verallgemeinerung, daß Schwellenländer, die nicht OECD-Mitglied sind, unter Basel I ein noch höheres Mindesteigenkapital vorhalten mußten. Deshalb kann der Schluß gezogen werden, daß, wie schon in früheren Studien gezeigt, Basel II auch für andere Schwellenländer keine Verbesserung im Sinne einer Minimierung des Risikos für währungskriseninduzierte Banken Krisen darstellt.

Wie sich auch zeigt, sind die externen Ratings der Dreh- und Angelpunkt bei der Bestimmung der Mindesteigenkapitalanforderungen. So ist zu prüfen, inwieweit andere Bewertungen durch Rating-Agenturen zu veränderten Mindesteigenkapitalanforderungen geführt hätten und ob sich die Einschätzungen der Rating-Agenturen zwischenzeitlich verbessert haben. Dabei ist von besonderem Interesse, ob Unausgewogenheiten bei der Währung und Fristigkeit der Forderungen und Verbindlichkeiten von Banken stärker berücksichtigt werden. Dies wird ebenfalls am IWH erforscht und in Kürze an dieser Stelle vorgestellt.

Tobias Knedlik
(Tobias.Knedlik@iwh-halle.de)
Johannes Ströbel
(jastroebel@gmail.com)

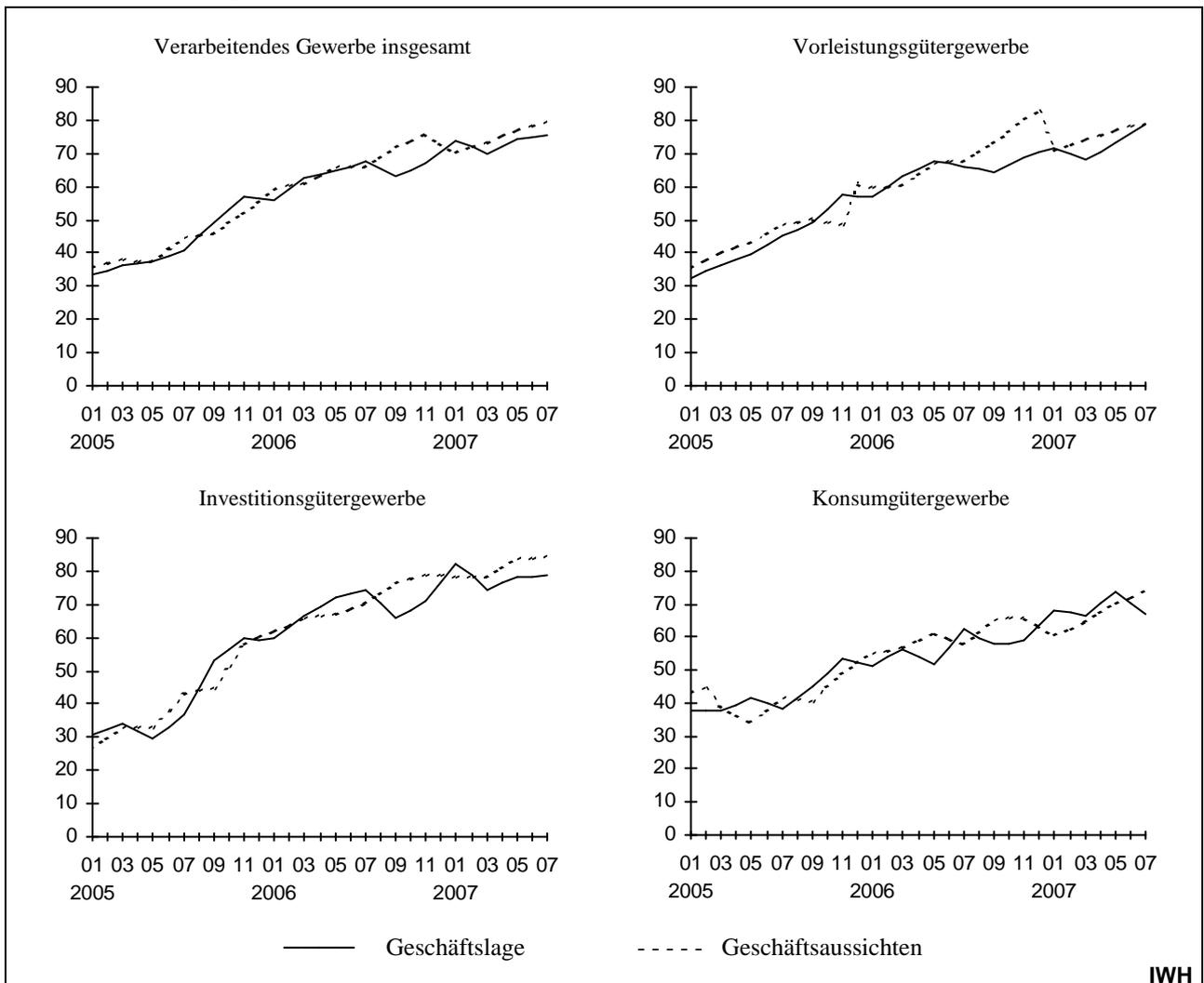
IWH-Industrienumfrage im Juli 2007: Hochstimmung hält an

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands florieren die Geschäfte auch zu Beginn der zweiten Jahreshälfte. Darauf verweisen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage vom Juli unter rund 300 Unternehmen. Der Saldo der Geschäftslage ist zwar seit der Maiumfrage um einen Punkt, der Saldo der Geschäftsaussichten um zwei Punkte zurückgegangen, doch insgesamt verbleibt die Einschätzung des Geschäftsklimas auf anhaltend hohem Niveau. Ein Blick auf die Wertungen aus den fachlichen Hauptgruppen zeigt, daß der leichte Rückgang hauptsächlich auf die Konsumgüterproduzenten und hier vor allem auf die Meldungen der Her-

steller von Nahrungsgütern über ihre aktuelle Lage zurückzuführen ist (vgl. Tabelle). Produzenten von Investitions- und Vorleistungsgütern hingegen beurteilen ihre Geschäftslage besser als im Mai. Mit Blick auf die Aussichten bis Jahresende sind diese beiden Sparten ebenfalls optimistisch gestimmt.

Auch bereinigt um jahreszeitlich bedingte Einflüsse bestätigt sich die anhaltend gute Konjunktur in der ostdeutschen Industrie. Die Geschäftserwartungen folgen seit Jahresbeginn einem moderaten Aufwärtstrend, die Geschäftslage verharrt seit Ende des ersten Quartals nahezu unverändert auf ihrem hohen Niveau (vgl. Abbildung). Dies findet

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

in ähnlichem Maße auch Ausdruck im Investitionsgütergewerbe. Zwar hat sich unter den Fahrzeugbauern die aktuelle Lage leicht eingetrübt, aber 95% gehen von guten Geschäftsaussichten aus. Im Maschinenbau geht der Anteil von Unternehmen mit eher schlechter Lagebeurteilung gegenüber der Maiumfrage leicht (von 17% auf 11%) zurück, und neun von zehn Befragten beurteilen die Aussichten positiv.

Die Situation im Vorleistungsgütergewerbe hat sich nach dem Einschnitt im März weiter verbessert. So melden 99% der Metallherzeuger eine gute Geschäftslage und alle sind mit den Aussichten bis zum Jahresende zufrieden. Die Chemieunternehmen sind ebenfalls nahezu durchweg positiv gestimmt.

Unter den Konsumgüterproduzenten ist die Stimmung dagegen gedämpft. Gegenwärtig schätzt jedes vierte Unternehmen aus dem Ernährungs- und jedes dritte aus dem Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe die Geschäftslage „eher schlecht“ oder „schlecht“ ein. Im Vergleich zur vorherigen Umfrage handelt es sich dabei um eine Verschiebung im Unschärfbereich der Bewertungen von „eher gut“ zu „eher schlecht“. Die Aussichten werden etwas günstiger als die Lage beurteilt, aber skeptischer als im Mai.

Cornelia Lang
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Juli 2007 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juli 06	Mai 07	Juli 07	Juli 06	Mai 07	Juli 07	Juli 06	Mai 07	Juli 07	Juli 06	Mai 07	Juli 07	Juli 06	Mai 07	Juli 07
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	39	46	47	43	42	40	16	11	12	2	1	1	65	75	74
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	39	46	45	42	42	44	16	12	11	3	0	0	63	74	77
Investitionsgüter	47	52	60	40	35	31	11	11	9	2	2	0	75	75	81
Ge- und Verbrauchsgüter	32	37	36	46	51	45	20	11	18	2	1	1	57	77	61
dar.: Nahrungsgüter	33	31	30	41	60	48	25	6	19	1	3	3	48	82	55
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	30	31	35	39	49	43	27	18	19	4	2	3	37	60	55
50 bis 249 Beschäftigte	40	39	46	43	48	41	15	12	13	2	1	0	65	75	75
250 und mehr Beschäftigte	48	73	60	47	22	33	5	5	7	0	0	0	90	90	85
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	37	37	41	45	53	49	16	9	9	2	1	1	65	80	78
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	39	35	36	44	55	53	15	8	11	2	2	0	67	80	78
Investitionsgüter	39	39	50	47	51	43	12	8	5	2	2	2	73	81	86
Ge- und Verbrauchsgüter	33	36	37	45	53	49	21	11	13	1	0	1	55	78	71
dar.: Nahrungsgüter	36	39	30	34	54	58	30	7	9	0	0	3	40	85	76
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	25	22	25	41	61	53	31	16	19	3	1	3	32	67	57
50 bis 249 Beschäftigte	38	35	43	48	54	49	13	10	8	1	1	0	71	79	82
250 und mehr Beschäftigte	45	54	50	47	42	45	8	2	5	0	2	0	85	90	90

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Juli 2007 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

2. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft:

„Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?“

Am 11. und 12. Oktober 2007 wird das IWH wieder ein Kolloquium zu einem Themenschwerpunkt aus dem Bereich der Kommunalwirtschaft veranstalten. Das zentrale Anliegen der Veranstaltung besteht darin, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der teilweise prekären Finanzsituation der deutschen Gemeinden, der Öffnung der Energiemärkte sowie der Liberalisierungsbestrebungen der EU im Bereich der „Services of General Interest“ die zukünftigen Grenzen und Chancen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit zu diskutieren.

Die Veranstaltung ist grundsätzlich interdisziplinär und nicht rein akademisch ausgerichtet, sondern soll auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern dienen.

Das vorläufige Programm findet sich unter

<http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop111007/info.asp>

4. IWH-IAB Workshop zur Arbeitsmarktpolitik

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) veranstalten einen gemeinsamen zweitägigen Workshop zum Thema „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“, der am 12. und 13. November 2007 in Halle (Saale) stattfindet. Schwerpunkt des Workshops ist die Analyse von Chancen und Risiken atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie von Bestimmungsgründen und wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen für niedrige Einkommen. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der politischen Implikationen der jeweiligen Resultate gelegt. Eingeleitet wird der Workshop durch den eingeladenen Professor Ronnie Schöb. Weitere Informationen für Interessenten, die beim Workshop einen Vortrag halten möchten, unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop121107/call.pdf>.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Personalien:

Herr Franz Kronthaler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Industrieökonomik, hat am 2. Mai 2007 seine Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgreich verteidigt. Am 6. Juli 2007 fand ihm im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften“ die Übergabe der Promotionsurkunde statt. Kronthalers Dissertation zum Thema „Implementation of Competition Law in Developing and Transition Countries – Theoretical and Empirical Considerations“ greift die Frage nach der Einführung und Umsetzung rechtlicher Regeln zum Schutz des Wettbewerbs auf, die mit zunehmender Bedeutung Gegenstand entwicklungspolitischer Debatten sind. Kronthaler diskutiert sowohl theoretisch als auch empirisch Möglichkeiten der Einführung und Umsetzung von Wettbewerbsrecht in Entwicklungs- und Transformationsländern. Insbesondere geht die Arbeit der Frage nach, wie Entwicklungs- und Transformationsländer ein Wettbewerbsrecht so einführen können, daß es ihren Entwicklungszielen am besten entspricht. Von Interesse ist die Arbeit für alle Personen, die sich mit der Einführung von Wettbewerbsrecht befassen, besonders für Praktiker und Forscher bei der OECD, UNCTAD, WTO und Wettbewerbsbehörden, als auch für Akademiker, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigen.